Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45. Sonnabend, den 22. Februar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage u. „Die Neue Welt“.

Die Landarbeiterfrage.

Die Agrarier befinden sich wieder einmal in einer großen Not. Zwar haben sie nun die höchsten Zölle, die sie nur zu erreichen vermochten, und die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind auf einer so schwindelhaften Höhe, daß sie absolut nichts mehr zu wünschen übrig lassen. Aber ein anderer Schuh drückt nun wieder die „Landwirtschaft“ und schon schreien die freiherrlichen und gräflichen Feudalherren aus dem Osten Deutschlands gar beweglich und von neuem soll ihnen der Vater Staat helfen: gegen die bösen Landarbeiter, die absolut nicht parieren, sich nicht länger mit der junkerlichen Reitpeitsche züchtigen lassen wollen und einfach davon laufen — den „Herren“ die Arbeit überlassend. Frechheit, das! Und fatal obendrein, sehr fatal!

Auf der Tagung des preußischen Landesökonomiekollegiums und des Deutschen Landwirtschaftsrates, wie im Zirkus Busch und bei den Mirbachschen „Steuer- und Wirtschaftsreformen“ ertönten diese lauten Klagen angesichts der Regierungsvertreter, die für Abhilfe sorgen sollen. Eine wunderbare Erscheinung! rief Graf Schwerin-Löwitz, der Präsident des Landwirtschaftsrates, beim Festmahl aus. Bei einer mehr als eine halbe Million jährlich betragenden Bevölkerungszunahme überall in den großen Städten Klage über Arbeitslosigkeit und auf dem Lande Mangel an Menschen, an Arbeitern, um die schöne, auf dem Felde stehende Ernte unverdorben einzubringen. Hier liege ein offenbarer Betriebsfehler in unserem Wirtschaftsleben vor. Im Arbeitermangel und namentlich in der zunehmenden Unzuverlässigkeit und Kontraktbrüchigkeit der ländlichen Arbeiter liege ein sehr dunkler Punkt bei dem Ausblick auf die Zukunft unseres landwirtschaftlichen Gewerbes. Die Arbeiternot sei heute der Punkt, wo die Landwirtschaft der Schuh drücke.

Wie ein roter Faden ziehen diese Klagen seit vielen Jahren durch alle Verhandlungen der agrarischen Interessenvertretungen. Aber so beweglich wurden sie noch nie erhoben wie in diesem Jahre, was uns zeigt, daß die Landflucht ständig zunimmt. Trotzdem haben die Agrarier immer noch nichts gelernt und nichts vergessen, sie stehen der Frage noch ebenso borniert gegenüber wie vor Jahren und sie wissen keine andere Mittel als die der Gewalt. Die Polizei und die Regierungen sollen helfen, die Arbeiter zwingen, auf dem Lande zu bleiben, bei ihnen zu arbeiten. Aufhebung der Freizügigkeit — die Leibeigenschaft, das ist das Verlangen der Junker. Zwar hat Herr Freiherr v. Wangenheim die Ueberzeugung gewonnen, daß sie — die Agrarier — heute keine Beschränkung der Freizügigkeit durchsetzen können, aber eingeführt müsse werden, daß ein kontraktbrüchiger Arbeiter nirgends mehr in Arbeit genommen werden dürfte! Was allerdings der Leibeigenschaft gleichkommt.

Weil sie keine deutschen Arbeiter mehr bekamen, haben die Junker seit Jahren Arbeiter aus Rußland und Galizien eingeführt und die Regierung hat diesen Arbeiterimport in jeder Weise begünstigt. Nun laufen aber auch diese gewiß nicht verwöhnten Arbeiter sehr bald davon, was ihnen bisher dadurch erleichtert wurde, daß sie nicht, wie andere Ausländer, der Ausweispapiere bedurften, um sich in Deutschland aufzuhalten. Nun aber, da sie „unbotmäßig“ und kontraktbrüchig werden, verlangten die Konservativen im preußischen Landtage ein schärferes Vorgehen gegen diese Ausländer und die preußische Regierung hat daher angeordnet, daß vom 1. Februar 1908 ab zunächst für die aus Rußland und Österreich-Ungarn und deren südöstlichen Hinterländern kommenden Arbeiter Inlandsausweispapiere — Arbeiterlegitimationskarten — in besonderen, zu dem Zwecke an der österreichischen und russischen Grenze errichteten Grenzämtern der Deutschen Feldarbeiterzentrale zu Berlin auszufertigen sind. Die Legitimationskarten werden sämtlich nach einem einheitlichen Muster auf Grund der Heimatspapiere durch sprachenkundige Beamte der Deutschen Feldarbeiterzentrale in deutscher Sprache ausgefüllt und von den für das betreffende Grenzamt zuständigen Ortspolizeibehörden amtlich geprüft und ausgefertigt. Für diejenigen Arbeiter, welche es etwa aus Unkenntnis der neuen Einrichtungen oder aus anderen Gründen unterlassen haben, sich an der Grenze die Karte zu verschaffen, ist die nachträgliche Ausstellung an der Arbeitsstelle vorgesehen. Da die Arbeiterlegitimationskarten stets einen bestimmten Arbeitgeber angeben, so kann der Arbeiter die Arbeitsstätte nur wechseln, wenn die Ortspolizeibehörde die Karte auf den neuen Arbeitgeber umgeschrieben hat. Arbeiter, welche, ohne im Besitz der vorgeschriebenen Legitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind, und sich eine solche auch nachträglich nicht beschaffen können, sollen ausgewiesen und über die heimatliche Grenze zurückbefördert werden. Die Ausweisung soll nicht stattfinden, wenn kontraktbrüchige Arbeiter in das aus der Legitimationskarte sich ergebende frühere Arbeitsverhältnis zurückkehren.

Diese Verfügung liefert die ausländischen Arbeiter natürlich ganz und gar den Agrariern aus. Mehr konnte die preußische Regierung wahrlich nicht den Junkern zuliebe tun. Aber die Folge dieser Maßregel wird sein, daß die Einwanderung russischer und galizischer Arbeiter abnimmt und die „Leutenot“ wird noch größer werden!

Nicht nur das ostpreußische Junkertum, auch der größte Teil aller Bauern kann sich nicht zu dem Verständnis durchringen, warum die Arbeiter nicht bei ihnen bleiben. Unter Heiterkeit und Zustimmung gab auf den Verhandlungen des preußischen Landesökonomiekollegiums im Jahre 1899 der Rittergutsbesitzer von Klitzing-Charlottenhof folgenden Grund an, warum die Leute davonliefen: „Die Leute haben einmal diesen Trieb, sie wollen weg, und zwar von der Frau. Sie wollen mit irgendeiner jungen Dame sich mal eine Weile wo anders amüsieren.“ Und in diesem Jahre, also neun Jahre später, sagte ein Teilnehmer an den Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums, die Arbeiter wollten fort, um in der Stadt mit einem hohen Kragen auf der Straße herumlaufen zu können! Das ist das Verständnis der Agrarier für die Landflucht der Arbeiter! Daß die Arbeiter Menschen sind, wie sie selbst, das begreifen diese Herren nicht oder wollen es nicht begreifen. Jedenfalls können sie es nicht zugeben, denn dann müßten sie auch gestehen, daß bei dieser jammervollen Bezahlung und elenden Behandlung, wie sie besonders in Ostpreußen an der Tagesordnung ist, man die Landflucht als etwas ganz Natürliches ansehen muß.

Aber es ist nicht einmal die Bezahlung in erster Linie, was den Arbeitern die Landarbeit verekelt. Den Agrariern will es nicht in den Kopf, daß die Landarbeiter ebenso moderne Menschen sind wie die andern, denen die Unfreiheit, die Abhängigkeit, das „Knechtsein“, nicht behagt und die auch dann, wenn sie, was ausnahmsweise schon der Fall sein wird, relativ gut behandelt und entlohnt werden, nicht Knecht bleiben wollen. Einzelne Junker und ihre Freunde haben ja eingesehen, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den, die Landwirtschaft auf eine moderne Grundlage zu stellen. So sagte im Jahre 1899 der Rittergutsbesitzer von Bemberg: „Nach meinem Empfinden wird die Landwirtschaft dazu kommen müssen, daß sie . . . intensiver wirtschaftet und dann durch hohe Bezahlung der dazu notwendigen Kräfte mit der Industrie konkurrieren kann.“ Der bayrische Regierungsrat v. Braun hat ferner in einer Studie über die Landarbeiterfrage kürzlich nachgewiesen, daß die Landarbeiternot ganz in der Entwicklung liege, welche unser ganzes wirtschaftliches Leben in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Aber geschehen ist bis jetzt nichts, was eine Änderung herbeiführen könnte. Und so lange nicht die Gesindeordnung beseitigt, die Landarbeiter unter die Gewerbeordnung gestellt sind, die Arbeitszeit und die Entlohnung ebenso geregelt sind wie in der Industrie, kurz: solange die Landarbeiter nicht den Industriearbeitern ganz gleichgestellt sind, solange wird die Landflucht dauern und immer stärker werden. Und das wird wohl auch nötig sein, um die Junker mürbe und die Bauern verständig zu machen. Unser Genosse Hofer in Ostpreußen, dessen Gut etwa 4000 Scheffel umfaßt, hat niemals über eine Leutenot zu klagen, im Gegenteil, er kann gar nicht alle annehmen, die sich ihm anbieten. Wenn die anderen Grundbesitzer den Arbeitern die gleiche Entlohnung, aber auch die gleiche Freiheit bieten wie unser Genosse Hofer, der wirtschaftlich ganz gut dabei fährt, dann ist die Landarbeiterfrage unter den heutigen Verhältnissen insofern gelöst, als die Landwirtschaft ebenso leicht Arbeitskräfte erhält als die Industrie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

nahm am Freitag zunächst das Scheckgesetz in zweiter Lesung an. Eine Debatte war von vornherein nicht zu erwarten. Sämtliche Parteien unterstützten einen Antrag, der die Bestimmungen des Gesetzes auf die Sparkassen ausdehnt. Genosse Singer sprach ein paar kurze Worte für den Antrag. Er warnte die Sparkassen, allzu reichlichen Gebrauch vom Scheckgesetz zu machen. — Es folgte die Fortsetzung der Justizdebatte. Mit Geist und Witz zerpflückte Genosse Frank die Einwände, welche die verschiedenen Gegner gegen unsere Charakterisierung der Klassenjustiz vorzubringen wissen. Der Obotritenkreth Maltzan bezog eine derbe Züchtigung. Dieser Geistesvetter Oldenburgs und kongeniale Zwillingsbruder Treuenfels' hatte sich neben der Verbreitung längst widerlegter Verleumdungen über unseren Parteigenossen Stadthagen das zwar beträchtlich harmlosere aber reichlich alberne Vergnügen gestattet, mehrfach den Vornamen Stadthagens zu gebrauchen. Als Genosse Frank seinerseits den wohlklingenden Vornamen Ludolf des besagten Maltzan gebrauchte, geriet der komische Paasche in eine noch komischere Entrüstung. Überhaupt stand, um Justizrats Cassels liebliches Bild zu gebrauchen, das Reichstagspräsidium in der Freitagssitzung nicht gerade auf Lorbeeren. Bald nachdem Herr Paasche das schöne Wort Ludolf auf den parlamentarischen Index gesetzt hatte, führte sein Blocks- und Präsidialbruder Kämpf den Dachgreis in der Seestadt Leipzig mit einer täuschenden Naturwahrheit auf. Während einer vollen Viertelstunde blieb es unentschieden, ob Prinz Carolath, ob Gröber, ob Mugdan, oder Herr Kämpf selbst das Wort hatte. — Die Sitzung brachte noch eine Rede des ultramontanen Renommierarbeiters Schirmer, der mit einer scharfen Polemik gegen die Klassenjustiz einsetzte, um mit einem halbverschämten Ruf nach einem Arbeitswilligengesetz zu endigen, und eine bisweilen ziemlich witzige Kulturkampfrede des Meininger Müller, der gegen die Dunkelmänner manche gute Wendung fand, im übrigen in Phrasenschwulst schwelgte, wie der Hase im Kohlfeld. Herr Müller hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den größeren Teil der konservativen Fraktion für den Göthebund zu gewinnen. Den Schluß der Sitzung füllte eine vernichtende Abrechnung aus, die Genosse Stadthagen mit dem Abgeordneten v. Maltzan vornahm. Die Justizdebatte hatte sich bei aller prinzipiellen Schärfe im Rahmen der Sachlichkeit bewegt, bis es dem Ludolf aus Mecklenburg gefiel, die Verleumdungen des Reichslügenverbandes in den Reichstagssaal zu tragen. Die Reichstagsakten enthalten mit erschöpfender Ausführlichkeit die schmachvolle — aber nicht für Stadthagen schmachvolle — Geschichte der Ausschließung Stadthagens aus dem Anwaltsstande. Im vergangenen Jahrzehnt haben Leute wie Ackermann, der konservative sächsische Landtagspräsident, und der Freikonservative v. Unruh-Bomst zugestanden, daß man in ungeheuerlicher Weise gegen den Genossen Stadthagen verfahren sei. Inzwischen haben Oldenburg und Liebert die konservative Fraktion auf das Pücklerniveau herabgebracht, oder vielmehr auf ein noch tieferes Niveau, die bewußten Verleumdungen des Reichslügenverbandes stehen noch tiefer, als die wirren Phantasien des Dreschpflegelgrafen. Immerhin scheint doch auch ein Teil der Rechten an dem Maltzaniaden sehr geringes Wohlgefallen zu finden. Während Wagner mit der Geflissenheit eines dressierten Pudels dem mecklenburgischen Liebert Räubergeschichten des Lügenverbandes zutrug, winkten die Herren v. Normann und Kröcher augenscheinlich warnend ab. — In später Stunde und unter großer Regung trennte sich das Haus. Am Dienstag soll die Justizdebatte weiter und wenn möglich zu Ende geführt werden.

Der Manschettenbauer Oertel als Reichstagskandidat.

Herr Oertel will wieder Reichstagsabgeordneter werden. Im ostpreußischen Wahlkreis Lötzen-Angerburg sieht man sich für den erkrankten konservativen Reichstagsabgeordneten v. Staudy bereits nach einem Nachfolger um. Die Interessenten des Lötzener Kreises sind nun, wie die Königsberger Hartungsche Zeitung meldet, mit Dr. Oertel in Verbindung getreten, der sich auch zur Annahme des Mandats bereit erklärt hat.

Der Kreis selber gehört zum sicheren Besitzstand der konservativen Partei, und einen solchen Kreis braucht der dicke sächsische Schulmeister, der alle Veranlassung hat, einen wirklich scharfen Wahlkampf zu scheuen. Im Jahre 1907 hatten seine guten Freunde dafür gesorgt, daß er überhaupt nicht kandidierte, nachdem er 1903 in seinem sächsischen Wahlkreis mit Pauken und Trompeten durchgefallen war.

Wenn jetzt Oertel Sachsen definitiv verlassen und sich sein Mandat aus Ostelbien holen will, so wünschen wir viel Glück auf die Reise. Er tritt damit den Junkern auch geographisch näher. Und das ist doch seine heißeste Sehnsucht. Wer die Mühe mit ansieht, mit der der Herr sich als Agrarier aufspielt und vergessen machen will, daß er doch von Haus aus ein sächsisches Schulmeisterlein ist, der von der Landwirtschaft so viel versteht, wie ein Junker von Goethe, der kann sich das Lachen kaum verbeißen. Auch für die letzte Zirkusvorstellung der Bündler hatte unser Falstaff die Rolle als „Bauer“ gewählt, was ihm allenthalben einen vollen Heiterkeitserfolg eintrug.

Koloniales.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Mittwoch die Beratung der Kolonialetats fortgesetzt. Der „Sachverständige" v. Liebert hat keine Lust mehr, sein Licht in der Kommission leuchten zu lassen; er hat seinen Austritt angezeigt: an seiner Stelle erschien Dr. Arendt.

Die Deportation von Strafgefangenen nach den Südsee-Inseln ist wiederholt angeregt und jetzt in einer Resolution Liebert und Genossen gefordert worden. Nach seiner Ansicht über solche Pläne befragt, sprach sich der Staatssekretär glatt ablehnend aus. Einmal wären die Kosten sehr groß, sodann würden England und Australien Einspruch erheben. Schon jetzt hat sich das Parlament von Australien sehr scharf dagegen ausgesprochen, daß Deutschland Verbrecher nach einer der Südseeinseln bringt.

Zum Etat von Togo brachte Abg. Ledebour wie im Vorjahre einen Fall zur Sprache, wonach Eingeborene in einem dicht besiedelten Bezirk von der Togo-Landgesellschaft um einen großen Teil ihres Landes gebracht worden sind. Den Leuten ist dafür so wenig Geld gezahlt worden, daß man sagen kann, ihr Eigentum sei ihnen abgeschwindelt worden. Die von der Verwaltung versprochene Untersuchung hat, wie der anwesende Gouverneur Graf Zech mitteilte, stattgefunden. Von 5700 Hektar Landes hatte die Togo-Landgesellschaft sich über 4000 Hektar angeeignet, so daß die 1549 Eingeborenen auf die Dauer sich nicht hätten ernähren können. Der größte Teil des Bodens ist der Gesellschaft abgejagt worden; sie hat 650 Hektar Plantagenland behalten, während die Eingeborenen jetzt 5114 Hektar besitzen. Der Abschluß der Angelegenheit hat sehr lange auf sich warten lassen. Graf Zech versicherte, wiederholte Krankheit und der Tod eines Mitgliedes der Untersuchungskommission hätten allein die Verzögerung verschuldet.

Absolute Sicherheit darüber besteht nicht, daß Togo dauernd ohne Reichszuschuß auskommt. Ein sehr erheblicher Teil der Einnahmen kommt aus der Schnapssteuer. Um der Einfuhr von Schnaps ins Innere des Landes entgegenzuwirken, wird auf der Eisenbahn für seinen Transport ein besonders hoher Frachtsatz erhoben. Das Zentrum hat wieder Togoschmerzen, weil der Gouverneur den Missionaren verboten hat, sich im Gebiet der Mohammedaner festzusetzen. Dernburg stellte Bewegungsfreiheit für die Missionare in Aussicht, wenn erst eine Eisenbahn in das betreffende Gebiet führe. Die Einführung einer Wertzuwachssteuer bekämpfte Dernburg, weil in der Kolonie ungeheuer wenig Weiße wohnten, man den Negern aber mit einer solchen Steuer nicht kommen könne.

Scharfmacherei in der Sprachenfrage.

Die Frage des Sprachenzwanges im Vereinsgesetzentwurf ist von der Reichstagskommission an das Ende ihrer Beratungen verschoben, weil man sich bewußt ist, daß darin die Hauptklippe für das Gesetz liegt. Inzwischen geben die Reaktionäre sich alle Mühe, die Regierung scharf zu machen, daß sie unter allen Umständen auf Einführung des Sprachenzwanges bestehe. Die „Deutsche Tagesztg." erklärt, das Schicksal des gesamten Gesetzes sei stark gefährdet, wenn es über diesen Punkt zu keiner Verständigung zwischen den Blockparteien komme; Zentrum, Polen und Sozialdemokraten würden selbstverständlich den strittigen § 7 rundweg ablehnen. Der Liberalismus wolle aber nur ganz geringe Zugeständnisse machen durch Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, wonach in Versammlungen, die von Deutschen einberufen worden sind, nur die deutsche Sprache gebraucht werden darf. Er wolle ferner nichts dagegen haben, daß die Anmeldefrist für Versammlungen, bei denen in fremder Sprache verhandelt wird, auf drei Tage verlängert wird, damit die Polizeibehörden gegebenenfalls Beamte zur Überwachung berufen können, die der fremden Sprache mächtig sind.

Uns will scheinen, als ob der Liberalismus, wenn er sich zu diesen Zugeständnissen bereit finden läßt, seinen Grundsätzen schon viel zu viel vergibt. Das Agrarierorgan aber erklärt diese Zugeständnisse für vollkommen wertlos und rät den Parteien der Rechten dringend, in diesem Punkte nicht nachgiebig zu sein. „Den harmlosen, fremdsprachlichen Bewohnern des Reiches können Ausnahmebestimmungen zugestanden werden; aber es muß dafür gesorgt werden, daß diese Bestimmungen das deutliche Gepräge der Ausnahme von der gültigen Regel tragen."

Dann droht das Blatt den Liberalen: „Verlangt der Liberalismus stärkere Zugeständnisse zugunsten der fremden Sprachen, dann sollten die rechtsstehenden Parteien einem solchen Verlangen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Dasselbe gilt von den verbündeten Regierungen. Scheitert dann das Gesetz, so trägt der Liberalismus die Verantwortung; weder die verbündeten Regierungen noch die rechtsstehenden Parteien hätten dann Veranlassung, dem Entwurfe eine Träne nachzuweinen. Auch dem Reichskanzler könnte eine solche Entwicklung der Dinge ziemlich gleichgültig sein. Er hat mit dem Entwurfe das Entgegenkommen bekundet, das er dem Liberalismus versprochen hat. Weist der Liberalismus hartnäckig und bockbeinig das Entgegenkommen zurück, dann wird dadurch die Stellung des Reichskanzlers in keiner Weise geschwächt. Das sollte man den Vertretern des Liberalismus etwas deutlicher und energischer zu Gemüte führen, als es bisher geschehen ist.

Es ist leider zu befürchten, daß die Liberalen sich durch solche Drohungen einschüchtern lassen, weil sie gar so sehr darauf versessen sind, etwas „Liberales" aus der Blockpolitik zu retten. Kommt der Sprachenzwang, wenn auch nur in abgeschwächter Form, in das Vereinsgesetz hinein, dann können freilich die Liberalen nicht viel Staat damit machen.

Die nächste Landtagswahl.

Die „Deutsche Tageszeitung" befürwortet in ihrer letzten Nummer, daß der preußische Landtag vor Pfingsten geschlossen wird und dann so bald als möglich die Neuwahl stattfindet.

„Es gibt," meint das Blatt, „für die Wahlen, wenn man die Verhältnisse des platten Landes und auch der kleinen Städte zunächst ins Auge faßt, drei günstige Zeiten, einmal der Spätherbst, dann die Zeit zwischen der Frühjahrsbestellung und der Heuernte und schließlich die Zeit zwischen der Heuernte und dem Beginne der Getreideernte. Am allergünstigsten ist ja, wie die letzten Reichstagswahlen gelehrt haben, der Winter, die Zeit, wo die eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiten in der Hauptsache ruhen. Bis zu diesem Zeitpunkte lassen sich aber die Wahlen wohl nicht hinausschieben. Man wird also einen von den beiden anderen Terminen wählen müssen, die Zeit vor oder nach der Heuernte. Die Wahl eines dieser Termine würde allerdings nach den einschlägigen Bestimmungen, soweit wir sie überschauen, die Auflösung des Abgeordnetenhauses nötig machen; doch das würde eine Frage von untergeordneter Bedeutung sein. Entschließt man sich nun dazu, den Schluß des Landtages vor Pfingsten eintreten zu lassen und die Wahlen für die Zeit vor oder nach der Heuernte anzuberaumen, dann wird es zweckmäßig, ja vielleicht unvermeidlich sein, den Reichstag um etwa dieselbe Zeit zu schließen oder vielmehr zu vertagen. Die Vertagung wird sich als nötig erweisen, da bis zum Frühsommer der Reichstag die ihm vorliegenden und zugedachten Arbeiten schwerlich erledigen wird und die Arbeit der Kommissionen nicht unter den Tisch fallen darf."

Die lange Auseinandersetzung ist nur als Fühler und zugleich als eine an die konservativen Kreise gerichtete Mahnung, sich auf den baldigen Wahlkampf vorzubereiten, anzusehen. Auch die „Deutsche Tageszeitung" weiß, daß die Regierung beabsichtigt, die Landtagswahlen bald nach Pfingsten stattfinden zu lassen.

Die fanatische Wahlrechtsfeindlichkeit der Nationalliberalen

wurde dieser Tage in Siegen wieder einmal charakterisiert. In der Generalversammlung des Nationalliberalen Vereins zu Siegen empfahl sich der Landtagsabgeordnete Macco zur Wiederwahl und um sich als prinzipientreuen Liberalen zu zeigen, erklärte er;

„Lieber lege ich mein Mandat nieder, ehe ich für Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag stimme."

So wie Herr Macco denkt, denken natürlich alle Nationalliberalen, denn kein einziger von ihnen ist ein Freund des Reichstagswahlrechts.

Ein Erfolg der Agrarier.

Die Börsengesetzkommission des Reichstages lehnte den § 50 in der Fassung der Regierungsvorlage, der den Getreideterminhandel betrifft, sowie alle dazu vorliegenden Abänderungsanträge ab. Angenommen wurde lediglich der Satz: „Börsentermingeschäfte in Getreide- und Mühlenfabrikaten sind verboten." Die von der Novelle vorgeschlagenen Ausnahmen von diesem Verbote sind also gestrichen.

Damit ist der Getreideterminhandel vollkommen verboten und das Börsengesetz verliert für die breiten Massen der Bevölkerung jedes Interesse. Es entfällt also für die Sozialdemokratie jeder Grund, das Zustandekommen dieses Gesetzes, das jetzt nur mehr den Dank Bülows für die „patriotische" Wahlhilfe der Effektenbörse darstellt, zu fördern. Diesem Blockdienst müssen sich jetzt schon die Konservativen und Antisemiten unterziehen.

Herr Held.

In Berliner Blättern wird folgende Zuschrift des Herrn Held, immer noch Abgeordneter des Reichstags und des Landtags, veröffentlicht:

„Die von der welfischen Presse gebrachte Nachricht, „die Staatsanwaltschaft habe gegen mich offiziell das Strafverfahren eröffnet", ist unrichtig. Es ist vielmehr seitens des von mir privatbeklagten Krüger eine neue Anzeige gegen mich wegen der in Frage kommenden Fälle erstattet, infolgedessen ist, wie mir der Erste Staatsanwalt mitteilt, „schon mit Rücksicht auf das inzwischen ergangene Urteil des Schöffengerichts eine weitere Untersuchung nötig geworden, von deren Ergebnis ich demnächst in Kenntnis gesetzt werde." Die gleiche Anzeige des Krügerschen Freundes Pommer ist bereits 1903 von der Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft zurückgewiesen. Die Sache liegt also wesentlich anders, als jene Zeitungsnotiz vermuten läßt: Herr Krüger hat sich veranlaßt gesehen, in das schwebende Prozeßverfahren einzugreifen, wodurch zu meinem großen Bedauern die Verhandlung in der Berufungsinstanz verzögert wird.

Held, M. d. R. u. d. A.

Da Herr Held bekanntlich erklärt hat, er mache seine Mandatsniederlegung von der Entscheidung der Berufungsinstanz abhängig, so wird er die Verzögerung der Berufungsverhandlung kaum mit „großem Bedauern" begrüßt haben. Er hängt ja so sehr an seinen Mandaten.

Rußland.

Massenverhaftungen in Petersburg. Donnerstag wurden von der Polizei 40 Haussuchungen vorgenommen, die zu 32 Verhaftungen führten. Die Verhafteten wurden meist auf belebten Straßen gefaßt, wobei sie mit Schießwaffen Widerstand leisteten und acht Polizisten schwer verwundeten. Bei einem auf der Straße verhafteten jungen Mädchen wurden 12 Pfund Dynamit, die es im Pelzmuff versteckt trug, gefunden; bei einem anderen Verhafteten fand man eine Höllenmaschine, die mit 5 Pfund Dynamit geladen war. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Haussuchung bei dem mehrfachen Millionär Meschkow, der 50 Dampfer auf der Wolga besitzt. Die Haussuchung endigte mit der Verhaftung mehrerer weiblicher Verwandten Meschkows, desgleichen wurde ein Haus neben dem Palais des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch auf Italianskaja durchsucht und fünf Verhaftungen vorgenommen. Von informierter Seite wird mitgeteilt, daß die Verhaftungen mit zwei geplanten Attentaten gegen einen Minister und eine hochstehende Persönlichkeit zusammenhängen. — Noch weitere 25 Revolutionäre und Terroristen wurden verhaftet. Es sind alles junge Leute, darunter der italienische Journalist Calvino. Der Verband soll mit dem Millionär und Schiffsreeder Meschkoff in Verbindung stehen.

„Beruhigungs"arbeit in Warschau. Der Januar weist folgende Daten der „Beruhigungs"arbeit in Warschau auf: Das Kriegsgericht fällte ein Urteil in 27 Prozessen gegen 49 Angeklagte und verurteilte zum Tode 21 Personen. Laut Verfügung der politischen Schutzabteilung wurden verhaftet 400 Personen, nach Sibirien deportiert 129, aus Polen ausgewiesen 100. Auf administrativem Wege geschlossen wurden 5 Zeitungen und Zeitschriften.

Montenegro.

Massenverhaftungen. In den letzten acht Tagen ist wegen angeblichen Hochverrats ein Drittel aller Abgeordneten verhaftet worden, darunter der Vizepräsident des Parlaments. Der Oberstkhofkämmerer Jostafa soll bereits standrechtlich erschossen worden sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 22. Februar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Bäcker! Die Gesellen der „Fahrenkruger Brotfabrik befinden sich im Streik; kein organisierter Bäcker darf dort Arbeit annehmen.

Die Strafkammer hatte sich am Freitag u. a. mit den Straftaten zweier jugendlichen Menschen zu befassen, deren Entgleisungen hart geahndet wurden. Der erste Fall betraf den erst 12jährigen, im Rettungshause untergebrachten Schulknaben G., der seinem Vater von den Beitragsgeldern, die dieser für einen Verband einkassierte, einmal 14 und ein andermal 26 Mk. entwendet hatte. Mit dem Gelde fuhr G. in Begleitung eines Freundes nach Hamburg und kaufte sich beim Wiedereintreffen hier zwei Pistolen. Trotzdem das Kind sein leichtsinniges Vergehen, dessen ernste Folgen ihm wohl bei Ausübung der Tat nicht vor Augen schwebten, bitter bereute, verurteilte das Gericht den halbwüchsigen Knaben zu zwei Monaten Gefängnis. — Als zweiter Missetäter mußte ein 15jähriger Kaufmannslehrling vor die Gerichtsschranken treten, der aus dem Lager seines Lehrherrn ein Posten Waren im Werte von 32,50 Mk. verkaufte und den Betrag in seine Taschen gleiten ließ. Im Januar sollte der Lehrling eine Postanweisung über 800 Mk. einzahlen; statt den Auftrag auszuführen, fälschte er eine Postquittung, gab einen Teil des Geldes seiner Mutter mit der Bemerkung es stamme von seiner Tante, den andern größeren Teil aber suchte er in leichtsinniger Weise an den Mann zu bringen. Außer diesen beiden Unterschlagungen werden dem Angeklagten noch zwei Diebstähle von Sekt zur Last gelegt; seiner Mutter machte er vor, der perlende Wein sei ein Geschenk seines Chefs. Der so früh auf Abwege geratene junge Mensch gab die ihm zur Last gelegten Vergehen in allem zu. Er wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die lange Untersuchungshaft wird ihm nicht angerechnet. — Wegen Diebstahl im Rückfalle — er stahl zwei Feudel und eine Scheuerbürste — wurde der Kutscher P. zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, seine wegen Hehlerei mitangeklagte Ehefrau freigesprochen. — Die Arbeiter M., K. und B. entwendeten in Rönnau einen kupfernen Brauekessel, zerschlugen ihn in Stücke und verkauften diese für 18 Mk. K. und B. bekamen nur einen kleinen Anteil von dem Gelde, M. behielt das meiste für sich. M. und K. — vielfach vorbestraft — erhalten je ein Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust, B. drei Monate Gefängnis.

Tödlicher Unfall. Der Knecht eines hiesigen Kaufmanns warf vor einigen Tagen in der Beckergrube einen Strohballen aus der Bodenluke auf den Hof und traf damit eine vorübergehende Frau. Diese erlitt einen Wirbelbruch. Die Ärmste mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo sie leider verstorben ist.

pb. **Gestohlenes Jackett.** Am 20. d. M., in der Zeit von 1½—4½ Uhr nachmittags wurde aus einem an der Blocksquerstraße belegenen Pferdestalle ein einem Arbeiter gehöriges fast neues Jackett gestohlen. Das Jackett ist aus dunklem weißgesprengelten Stoff gearbeitet.

pb. **Wegen Diebstahl angezeigt.** Gegen ein Dienstmädchen, das sich heimlich in die Wohnung eines Dienstmannes begab und hier Diebstähle ausführte, wurde Anzeige erstattet.

pb. **Festgenommen** wurde ein Hausdiener aus Klocksdorf, weil er einem hiesigen Schlachtermeister ein Fahrrad unterschlagen hat.

Von der Fahrenkruger Brotfabrik erhalten wir folgende Zuschrift:

Titl. Redaktion des „Lübecker Volksboten",
Lübeck.

In Nr. 43 Ihrer Zeitung bringen Sie einen Artikel „Zum Streik in der Fahrenkruger Brot- und Zwiebackfabrik", und ersuchen wir Sie unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß die Firma J. C. D. Junge u. Co. in Lübeck Brot für die Fahrenkruger Brotfabrik hergestellt hat; auch hat die Firma J. C. D. Junge u. Co. der Fahrenkruger Brotfabrik keine Leute geliehen, wir haben uns vielmehr innerhalb noch nicht 24 Stunden selber genügendes Personal besorgt, sodaß wir schon am Montag nachmittag wieder mit der Brotfabrik in Vollbetrieb waren.

Hochachtend
Fahrenkruger Brotfabrik
Aktien-Gesellschaft
vorm. Th. Severin.
(Name unleserlich.)

Wir müssen es der Organisation der Bäcker überlassen, hierauf zu antworten und zweifeln nicht daran, daß diese Entgegnung den Wert vorstehender Zuschrift in das richtige Licht rücken wird.

Kaiser-Panorama. Nachdem nun auch die weltberühmte Adelsberger Grotte, dieses riesige Höhlenlabyrinth im Innern des Karts, der wissenschaftlichen und touristischen Wißbegierde bequem zugänglich gemacht worden, ist es den Photographen gelungen, von dem Innern dieser Grotte Aufnahmen zu machen. Die Adelsberger Grotte enthält eine Menge ungeheurer Hallen, Gänge und Schluchten, aus denen selbst wieder Hügel und Höhen aufragen; zum Teile fließt durch dieses phantastische Wirrsal bald sichtbar, bald in nachtschwarzer Dunkelheit im Fels verschwindend, die Poik, einer jener merkwürdigen Flüsse, an denen das Kartsgebiet so reich ist. Die einzelnen Teile der Grotte tragen, ihrem eigenartigen Charakter entsprechend, verschiedene Namen. So finden wir eine imposante Halle, den Kalvarienberg, den Löwenkopf und andere seltsame Gebilde, die alle der pittoresken Formung des Tropfsteins ihren Namen ver-

danken. Wer vorerwähnte Herrlichkeiten sehen will, der besuche in dieser Woche das Panorama.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die vielen Erkrankungen unter den Mitgliedern zwang die Direktion die Gedenkfeier zum 25jährigen Todestage von Richard Wagner vom 13. Februar auf den morgigen Sonntag zu verlegen. Anläßlich dieser Feier wird morgen des Meisters große Oper „Die Meistersinger von Nürnberg" zur Aufführung gelangen. Eingeleitet wird die Vorstellung durch den Trauermarsch aus der „Eroica" von Beethoven. Um auch allen auswärtigen Besuchern Gelegenheit zu geben, die Oper bis zum Schluß hören zu können, ist der Beginn auf 4½ Uhr festgesetzt. Montag wird bereits zum dritten Male die Lustspielneuheit „Panne" wiederholt. Mittwoch kehrt zu einem einmaligen Gastspiel das „Erdgeist"-Ensemble vom Hamburger Thalia-Theater unter der künstlerischen Leitung von Leopold Jeßner bei uns ein. Die Träger der Hauptrollen sind Emanuel Stockhausen und Emmy Schroth. Die Vorstellung findet im Abonnement statt.

Hansa-Theater. Anschließend an unsere vor einigen Tagen erschienene Mitteilung, daß das Tegernseer Bauerntheater kommt, können wir jetzt die Spieltage und das Repertoir des Ensembles zur Kenntnis bringen. Das Gastspiel findet am 25. Februar statt und sollen „Dorfpfarrer", „Prozeßhansl", „Lehrer von Seespitz" usw. zur Aufführung gelangen. Daß die Tegernseer sich ihre herzerfrischende Natürlichkeit voll und ganz erhalten haben, beweisen auch die Kritiken über ihre diesjährigen Gastspiele in München, wo unter anderem geschrieben wurde: „Was uns den ganzen Abend im Banne der Tegernseer hielt, ist der Umstand, daß der Alpengeruch förmlich uns aus ihren Kleidern unverfälscht entgegenweht, daß wir das Gefühl haben, hier zeigen uns wirklich Bauern ein Stück ihrer Heimat, zeigen uns vor allem sich selbst in ausgelassener Ungezwungenheit. Zum Schlusse verweisen wir noch auf den Kartenverkauf, welcher bereits in Sagers Zigarrengeschäft eröffnet ist und Gelegenheit bietet, sich den gewünschten Platz reservieren zu lassen.

Büssau. Eine öffentliche Volksversammlung findet morgen, Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn König, Oberbüssau, statt. Frau Schlomer-Lübeck wird über das Thema „Was haben wir vom Bundesrat zu erwarten?" sprechen. Hoffentlich erfreut sich die Versammlung eines zahlreichen Besuchs.

Hamburg. Sieg bei der Stichwahl im 45. Bürgerschaftswahlbezirk! Bei der gestrigen Stichwahl im 45. Bürgerschaftswahlbezirk übten von den 424 Wahlberechtigten 416 ihr Stimmrecht aus, also noch 7 mehr als am 14. Februar, wo 409 Stimmen abgegeben wurden, so daß heute die Wahlbeteiligung gut 98 Prozent betrug, gegen 96,8 Prozent am 14. Febr. Nur 8 Wahlberechtigte haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt oder nicht ausüben können! Diese enorme Wahlbeteiligung läßt erkennen, mit welcher Energie auf beiden Seiten gearbeitet worden ist. Von den 416 abgegebenen Stimmen haben erhalten: Claus Umland (SD.) 229 Stimmen, Robert Wächtler (Linke) 178 Stimmen, ungültig 9 Stimmen. Genosse Claus Umland ist somit gewählt! Damit wächst die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft von 20 auf 21 Mitglieder. Umland hat 51 Stimmen mehr erhalten als Wächtler. Bei 407 abgegebenen gültigen Stimmen betrug die absolute Mehrheit 204 Stimmen, so daß Umland 25 Stimmen über die absolute Mehrheit erzielt hat. Gegenüber der Wahl am 14. Februar hat Umland, der damals 184 Stimmen erhielt, 45 Stimmen gewonnen, Wächtler, der es damals auf 130 Stimmen brachte, 48 Stimmen, so daß man annehmen kann, daß sich die am 14. Februar für Curt Platen abgegebenen liberalen Stimmen halbiert haben, zur einen Hälfte für Wächtler, zur anderen Hälfte für Umland abgegeben worden sind. Für Wächtler griff noch in letzter Stunde der Hamburgische Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit einem Flugblatt ein, in dem den Wählern „das ernste Mahnwort unseres Schiller im Tell" zugerufen wurde: „Seid einig! einig! einig!" Schiller und der alte Attinghausen würden sich noch im Grabe umdrehen, wenn sie gewahr werden könnten, wie ihre Worte, die doch der Freiheit des Volkes dienen sollten, hier von den ärgsten Feinden der Volksfreiheit mißbraucht worden sind. Nach Verkündigung des Wahlresultats herrschte in den Kreisen unserer Parteigenossen natürlich großer Jubel. Eine Überraschung bereitete ein am Großneumarkt aufziehendes starkes Polizeiaufgebot von einem Revierwachtmeister, zwei Wachtmeistern und 24 Schutzleuten, die von der St. Pauli-Wache und anderen Wachen zusammengezogen waren, weil man nach dem Siege der Sozialdemokratie eine Straßendemonstration befürchtete. Darin hatte man sich aber geirrt. Unsere Parteigenossen feierten den Sieg, ohne von der Polizei belästigt zu werden.

Hamburg. Im Eisenbahnzug beraubt. Eine von ihrem Gatten getrennt lebende Frau N. aus Rendsburg hatte einen ihrer Verehrer, von welchem sie wußte, daß er ein kleines Sümmchen sein eigen nannte, überredet, mit nach Hamburg zu kommen, um den Nachstellungen ihres Ex-Gemahls aus dem Wege zu gehen. Natürlich ging der liebeglühende Mann auf den Vorschlag ein und lebte hier auch herrlich und in Freuden. Frau N. hatte aber einen alten Bekannten aus Rendsburg mit nach Hamburg genommen, welcher als böser Dämon ihr den Rat gab, ihren Verehrer zu einer Fahrt nach Dänemark mit längerem Aufenthalt zu überreden. Auch dieses Mal konnte der Mann nicht widerstehen und gab dem Bitten und Drängen seiner Geliebten nach. Da er zu einer Reise auf unbestimmte Zeit viel Geld brauchte, hob er von einer Bank 10 000 Mk. ab. Schon am nächsten Tage fuhren alle drei, der Galan aus Rendsburg hatte sich dem Verehrer der Frau N. hier als Bruder ausgegeben, nach Dänemark. Wie weit die drei gefahren, läßt sich nicht feststellen, denn als der Verehrer der Frau N. im Zug erwachte, befand er sich allein im Coupé, Frau N. und ihr Galan aus R., sowie seine Barschaft, zirka 8000 Mark, waren verschwunden. Er fuhr zurück, erstattete in Rendsburg, wo Frau N. bekannt ist, Anzeige und gab an, er wäre im Eisenbahnzug betäubt und beraubt. Der Telegraph tat das übrige und gestern morgen ist die Frau, allerdings ohne ihren Galan, am Hauptbahnhof verhaftet worden. — Einen tragischen Tod fand ein Netzfischer, der in seinem unter der Tatenberger Brücke liegenden Fischerkahn schlafend lag. Mit der einsetzenden Flut wurde der Kahn unter der Brücke festgeklemmt und sprang leck. Daß der unglückliche Fischer seinen Tod gefunden, stand bei seinen in der Nähe liegenden Berufskollegen fest, und so machten sich viele auf die Suche nach der Leiche. Bis zurzeit ist der Tote noch nicht gefunden.

Husum. Arbeitseinstellung am Bahnbau der Marschbahn. Nachdem am vorigen Sonnabend bereits eine größere Anzahl Arbeiter am Bahnbau bei Hattstedt und Langenhorn die Arbeit niedergelegt hat, folgten am Dienstag 75 Mann, die in den sogenannten Mausebergen beschäftigt waren und eine größere Zahl an der Strecke Husum-Friedrichstadt. Alle fordern einen Stundenlohn von 40 Pfg. Sie bekommen jetzt 35 Pfg. Dieser Lohn sollte von den Unternehmern um 3 Pfg. aufgebessert werden, womit die Arbeiter nicht zufrieden waren, sondern auf ihrer Forderung beharrten. Es ist die beste Aussicht vorhanden, daß die Beteiligten mit ihrer Forderung durchdringen.

Kappeln. Dreifacher Mord und Selbstmord. Gestern morgen erschoß der frühere Tischlermeister Heinrich Jochimsen in Karby seine drei Kinder im Alter von zwölf, neun und sechs Jahren und tötete sich sodann selbst. Die Ursache ist in zerrütteten Lebensverhältnissen zu suchen.

Tondern. Bauarbeiterstreik. Bürgerliche Blätter berichten: Die hiesigen Bauhilfsarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die zugleich die Niederlegung ihrer Arbeit zur Folge hatte. Sie stellten zum 1. März die Forderung der Erhöhung des erst im vergangenen Jahre durch den Tarif festgesetzten Stundenlohnes von 40 auf 50 Pfg. Da die Bauunternehmer nicht einwilligten, so legten sie die Arbeit nieder. Die übrigen Bauhandwerker, Maurer und Zimmerer, erklärten sich insofern solidarisch mit den Bauarbeitern, als ein Teil der Maurer ebenfalls die Arbeit niederlegte und die Zimmerleute den Lohntarif zum 1. März kündigten. Maurer und Zimmerleute haben schon vor einigen Monaten ihre Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 60 Pfg. eingereicht.

Bremerhaven. Die freisinnigen Angstlinge von Bremerhaven. Den Stadtvätern von Bremerhaven lag Mitte vorigen Monats ein Antrag des Stadtrats auf Änderung der Stadtverfassung vor. Nach § 9,5 der Stadtverfassung steht das Gemeindebürgerrecht (Wahlrecht) demjenigen zu, der bei einem Mietssteuersatz von 4 Proz. mindestens 8 Mk. an städtischer Mietssteuer entrichtet, also eine Mietwohnung im Werte von mindestens 200 Mk. inne hat. Nun ist aber durch den Gebietsabtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen bezw. durch das diesem Vertrage zugefügte Protokoll in der Stadt Bremerhaven bestimmt, daß Mietsteuer von denjenigen Personen, die eine Mietwohnung bis zum Mietbetrage von 300 Mk. im Jahre einschließlich inne haben, nicht mehr erhoben werden darf. Die Folge hiervon ist die, daß, wer eine Mietwohnung von 2—300 Mk. bewohnt und früher demnach auf Grund des § 9,5 sein Gemeindebürgerrecht ausüben konnte, fernerhin dieses Rechtes verlustig geht. Um das zu vermeiden beantragt der Stadtrat, das Gemeindebürgerrecht jedem zuzusprechen, der eine Wohnung zum Mietwerte von mindestens 200 Mk. innehat und überhaupt Steuern (Personalsteuer) zahlt. Die Vertreter der Sozialdemokratie im Bremerhavener Stadthause forderten bei dieser Gelegenheit eine gründliche Verfassungsänderung, nämlich Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle Personen über 20 Jahre. Stand da als erster Redner nach dem unseren Antrag einbringenden Genossen Schmalfeldt der Stadtverordnete Rob. L. Meyer auf, ein Mann, der nur mit dem Brustton der Überzeugung von seinem Liberalismus zu sprechen pflegte, und sagte, genau nach dem oben zitierten Jöhnischen Muster-Liberalen, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Kommune wäre er nicht zu haben, wogegen er sich der Notwendigkeit eines derartigen Wahlsystems für einen Staat wie Preußen absolut nicht verschließe. „Ja, ich würde es bedauern, wenn wir das gleiche Wahlrecht für unsere Kommune einführten, ich befürchte, daß in einem derartigen Falle alles drunter und drüber gehen würde!" Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust. Die Courage der Freisinnshelden stellt sich immer erst ein, wenn die Gefahr vorüber ist. Der Antrag unseres Genossen Schmalfeldt wurde selbstverständlich von der liberalen Majorität niedergestimmt. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, in welche — ein zweites Heldenstück des Liberalismus! — kein einziger Sozialdemokrat gewählt wurde.

-r. **Oldenburg.** Die Wahlrechtsvorlage vor dem Plenum des oldenburgischen Landtages. Als erster Punkt stand in der Freitags-Sitzung der Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Änderung des Vogelschutzgesetzes vom 11. Januar 1873 zur Verhandlung. Der Abgeordnete Ahlhorn-Osternburg teilte hierbei mit, daß dem Reichstage ein ähnlicher Gesetzentwurf vorliege, welcher in der Kommission wesentlich geändert sei, so daß nach den Beschlüssen derselben der Dohnenstieg überhaupt gänzlich untersagt sei. Da nun Reichsgesetz vor Landesgesetz gehe, empfehle es sich, dieses Gesetz vom Landtage nicht erst zu beschließen. Das dem Landtage vorliegende Gesetz sieht nur einen wesentlichen Schutz unserer einheimischen Vogelwelt vor, insbesondere ist die Fangzeit für Krammetsvögel eingeschränkt worden. Trotz der vom Abgeordneten Ahlhorn vorgebrachten Bedenken nahm der Landtag mit großer Mehrheit in zweiter Lesung das Gesetz an, weil ja noch nicht vorauszusehen sei, wann das Reichsgesetz in Kraft treten werde. Als nächster Gegenstand stand dann die Vorlage betreffend Einführung der direkten, gleichen und geheimen Wahl zum oldenburgischen Landtage zur Verhandlung. Als erster Redner trat der Berichterstatter Abg. Tantzen auf, der auf die Wichtigkeit der Vorlage hinwies und der Regierung ein Loblied sang über den Mut, den sie durch Einbringung der Vorlage gegenüber anderen Bundesstaaten bewiesen habe. Der liberale Ahlhorn schwang sich dann zum Propheten auf, indem er der Welt verkündete, daß die Erwartungen der Gegner der Vorlage, nämlich daß bei Einführung der direkten Wahl die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelange, solange nicht in Erfüllung gehe, wie es noch einen „Liberalismus" gebe. Redner ließ auch in seinen Ausführungen durchblicken, daß er nicht abgeneigt sei, die Wahlpflicht einzuführen, um der Lauheit des Bürgertums entgegen zu wirken. Hiernach erklärte die Regierung durch den Staatsminister Willich ihren Standpunkt; diese sei der Meinung, daß es nicht immer gerecht sei, die Mandate nach der Zahl der Bevölkerung zu verteilen, sondern nach der Fläche, woran die Regierung unbedingt festhalten müsse; ferner die dreijährige Karenzzeit, ehe die Bürger wahlberechtigt würden, und die Einführung der fünfjährigen Legislaturperioden; in diesen drei Punkten erblickt die Regierung die Grundlage der Wahlreform. Redner sprach denn noch den Wunsch aus, daß die Bevölkerung recht zahlreich vom Wahlrecht Gebrauch machen und eine gute und gerechte Wahl treffen möge. Die Sozialdemokraten ließen durch ihren Redner erklären, daß sie das Gute, was in der Vorlage vorhanden sei, gern anerkennen, dagegen aber die Verschlechterungen gegen den bisherigen Zustand entschieden bekämpfen müssen. Als eine Verbesserung ist hervorzuheben die Erweiterung des Wahlrechts an Dienstboten, Knechte oder Gesellen, welche beim Meister in Kost und Logis sind; diese waren früher, weil sie keinen eigenen Herd hatten, nicht wahlberechtigt. Als eine ganz erhebliche Verschlechterung aber ist dagegen die Verlängerung der Landtagsdauer von 3 auf 5 Jahre anzusehen; wir erblicken darin eine ganz erhebliche Schmälerung der Volksrechte und können und wollen dies auf keinen Fall mitmachen, selbst auf die Gefahr hin, daß dies den Liberalen nicht in den Kram paßt. Als eine weitere Verschlechterung kommt die Festsetzung der Zahl der Abgeordneten auf ewige Zeiten in Betracht. Während früher die Zahl der Bevölkerung maßgebend war, kommt dies nach der Vorlage gänzlich in Wegfall, weil die Zahl der Abgeordneten gesetzlich festgelegt ist. Redner verbreitete sich dann recht gründlich über die Einführung des Frauenwahlrechts und die von den Sozialdemokraten weiter gestellten Minderheitsanträge betreffend Herabsetzung der Altersgrenze und empfiehlt diese dem Landtage zur Annahme. Es wurde dann zur Abstimmung geschritten. Antrag 1: Annahme des Eingangs des Artikels 113, wurde mit große Mehrheit angenommen. Der Antrag betrifft die Einführung der direkten Wahl. Beim Antrag 2: Einführung des Frauenwahlrechts kam es noch einmal wieder zu einer recht lebhafte Auseinandersetzung mit den Liberalen. Gewichtige Gründe gegen das Frauenwahlrecht wurden nicht angeführt, sondern man beschränkte sich darauf zu erklären, die Frau gehört ins Haus und habe mit der Politik nichts zu tun. Der Abgeordnete Tews (Fürstentum Lübeck) erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er nur deswegen gegen die Einführung der direkten Wahl gestimmt habe, weil er befürchte, daß im Fürstentum Lübeck vier Sozialdemokraten gewählt würden. Er hielt dies für recht bedenklich, aber für noch bedauerlicher würde er es halten, wenn vier Abgeordnete vom Schlage Ahlhorns gewählt würden. Die Liberalen wehrten sich verzweifelt gegen die Angriffe der Sozialdemokraten; letztere hatten die Liberalen infolge ihrer Ausführungen, daß sie eher einer Heraufsetzung der Altersgrenze zustimmen würden, als einer Herabsetzung, als höchst rückständig bezeichnet. Der Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts wurde abgelehnt. Es stimmten dafür die Abgeordneten Heitmann, Hug, Schulz, Zeidler, Voß-Eutin, Dauen. Ebenso wurde der Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 21 Jahr gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Es bleibt also beim 25. Lebensjahre. Der Präsident machte hierauf noch bekannt, daß die diesjährige Landtagsperiode bis zum 7. März verlängert sei. Hierauf wurde die Sitzung auf nachmittags vertagt.

Oldenburg. Glasarbeiterstreik. Auf der Glashütte zu Osternburg im Großherzogtum Oldenburg ist es am Montag zum Streik gekommen, nachdem es schon lange unter der Arbeiterschaft gärte. Es traten die Einträger in den Ausstand, wodurch auch die Glasmacher zum Feiern gezwungen sind. Bei Einführung des Dreischichtensystems für die Glasmacher wurde die Arbeitszeit der Einträger von 11 auf 12 Stunden erhöht, obwohl der Lohn von 2 Mk. für 14 bis 16jährige Arbeiter, 2,50 Mk. für 16—17jährige und für ältere auf 3 Mk. bestehen blieb. Bedenkt man, daß fast keine Pause während der langen Arbeitszeit gewährt wurde, so ist es erklärlich, daß sich eine Bewegung dagegen entfaltete, die schließlich auch dazu führte, daß auch für diese Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit festgelegt wurde. Hierbei wurde den Arbeitern der Lohn auf 1,80, 2,00 resp. 2,40 Mk. gekürzt mit der Bemerkung, wer mehr verdienen wolle, könne noch einige Stunden des Tages als Platzarbeiter beschäftigt werden. Dieses Ansinnen wurde zurückgewiesen, und da die Direktion nicht nachgab, die Arbeiter auch eine Verbesserung ihrer Kost- und Wohnungsverhältnisse in den zum Betriebe gehörigen Häusern nicht erreichten, die Arbeit eingestellt. Ohne Einhalten einer Kündigungsfrist für die Glasmacher läßt jetzt die Direktion den ganzen Betrieb stillegen, so daß auch die Platzarbeiter brotlos sind. Ein solches brutales Vorgehen ließ auch die Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung der Kommission der streikenden Einträger scheitern. Dienstag kamen bereits von Braunschweig Streikbrecher an, die jedoch, nachdem sie über die Lage informiert waren, auf die Arbeit verzichteten, obwohl ihnen ein höherer Lohn zugesagt war als die Ausständigen verlangen. Diejenigen Arbeiter der Glashütte, die trotz ihrer Kündigungsfrist unfreiwillig brotlos geworden sind, werden Schadenersatzansprüche geltend machen. Vor allem gilt es, weiteren Zuzug nach Oldenburg von gelernten und ungelernten Arbeitern fernzuhalten, damit den Ausständigen, die größtenteils im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisiert sind, eine einigermaßen gerechte Entlohnung und Verbesserung ihrer Wohnungsverhältnisse in den Hüttenhäusern zuteil wird.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 21. Febr. Der 26 Jahre alte Kaufmann Max Beutner aus Chemnitz ist auf der Farm Guntsas in Grootfontein (Südwestafrika), wohin er sich von Windhuk aus begeben hatte, um den Landwirtschaftsbetrieb zu erlernen, von Buschmännern ermordet worden.

Berlin, 21. Februar. Als gestern abend ein junger Mann auf einem hiesigen Postamt 160 Mk. einzahlen wollte, entriß ihm ein im Schalterraum anwesender Mann einen Teil des Geldes und entfloh, wurde aber von dem ihn verfolgenden jungen Mann und einem Postbeamten festgenommen.

Breslau, 21. Februar. Drei in der mechanischen Buntweberei Weinberger beschäftigte Arbeiterinnen sind nachts in ihrem Schlafzimmer infolge Einatmens von Kohlenoxydgas erstickt.

Glogau, 21. Februar. Gestern spielte der 16jährige Volontär der Schiffswerftfirma Friedländer u. Co. in Zarkau mit einem Revolver. Als er nach dem 35jährigen Schmied Anders zielte, entlud sich die Waffe und Anders wurde durch einen Schuß ins Herz getötet. Frau und Kind des Getöteten waren Augenzeugen des Vorfalls.

Posen, 21. Febr. In russischen Grenzgebieten herrschen die Pocken. Um eine Ansteckung zu vermeiden, haben sich im Kreise Wreschen gegen 2000 Erwachsene nochmals impfen lassen. Da umfangreiche sanitäre Maßnahmen getroffen worden sind, dürften bei uns nur vereinzelte Erkrankungen zu befürchten sein.

Mohrungen (Regbz. Königsberg), 21. Februar. Als der Bahnarbeiter Kreddig gestern abend auf dem Bahnhof von dem nach Marienburg abgehenden Zuge abspringen wollte, geriet er unter die Räder. Der Kopf wurde ihm vom Rumpf getrennt. Der Getötete hinterläßt eine Witwe und vier unmündige Kinder.

Essen, 21. Febr. Der Brand des Loewensteinschen Warenhauses in Borbeck dauert fort. Mehrere benachbarte Geschäftshäuser sind eingestürzt, die katholische Kirche ist stark beschädigt. Der Schaden beträgt über eine Million Mark.

Köln, 21. Febr. In dem benachbarten Poultheim erwürgte ein dem Trunk ergebener Bauer anscheinend im Streit seine Ehefrau. Der Täter wurde verhaftet.

Czenstochau, 21. Febr. Als ein Polizeibeamter zwei Verhaftete transportierte, zog einer derselben einen Revolver und schoß den Beamten nieder. Der andere Verhaftete entfloh, wurde aber von Soldaten erschossen.

London, 21. Febr. Zwischen Dudley (Grafschaft Worcester) und Oldbury stürzte gestern ein Tramwagen infolge Radbruchs um. Der auf dem Verdeck befindliche Kondukteur wurde sofort getötet und 12 Passagiere verletzt, darunter 9 schwer.

New-Castle on Tyne, 21. Febr. Im Washington-Glebe-Kohlenbergwerk ereignete sich gestern abend eine Explosion, bei der 14 Menschen getötet wurden. 5 Leichen wurden geborgen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Aufruf.

Dem Beispiel anderer Städte folgend, beichtigt man auch in Lübeck, der Krüppelege größere Aufmerksamkeit als bisher zuwenden. Es hat sich ein Verein gebildet, r sich zur Aufgabe macht, jugendlichen üppeln rechtzeitig die notwendige ärztliche lfe angedeihen zu lassen und sie durch Ausbung für einen Beruf wirtschaftlich selbndig zu machen. Durch eine hochherzige tiftung ist dem Verein ein ansehnliches pital zur Verfügung gestellt. Auch hat e Gesellschaft z. Bef. gem. Tät. einen Beiag bewilligt. Um seine Zwecke erreichen können, bedarf der Verein aber der Unerstützung weiterer Kreise. Die Unterzeichneten id bereit, Beitrittserklärungen entgegenzuhmen. Die Mitgliedschaft des Vereins rd erworben durch einen Jahresbeitrag von indestens 3 Mk. oder einen einmaligen Beiag von 100 Mk.

er Vorstand des Vereins zur Fürsorge für jugendliche Krüppel:

Langenheim, Dr., Bürgermeister a. D., einrich Evers, Senator, R. Struck, Dr. med., Johs. Becker, Pastor, L. Langenheim.

ielefeldt, Geh. Reg.-Rat; W. Cuwie; Deditius, aurat; Dimpker, Konsul u. Präses der Hanlskammer; Em. Fehling, Rechtsanwalt, Görtz, r., Rechtsanwalt; W. Heinsohn sen., Malerleister; Kulenkamp, Senator; Linde, Dr., at; Lippert, Polizei-Inspektor; Lüker, Seinarlehrer; Marth, Pastor; Neumann, Dr., enator; G. Reimpell; Riedel, Dr., Mediz.-at; Roth, Dr. med.; Scharff, Kommerzienrat; chön, Dr., Bürgermeister, Strackerjahn, Hauptehrer; Tegtmeyer, Pastor, W. Vermehren.

Dem geehrten Publikum von Lübeck die ergebene Anzeige, daß ich mich als

Maler

tabliert habe. Indem ich reelle u. saubere ausführung aller im Fach vorkommenden rbeiten bei solchen Preisen zusichere, bitte m geschätzte Aufträge.

Hochachtungsvoll

Christian Carstens,
Maler
Schützenstr. 39a, II. — Meierstr. 9a.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft Wendenstraße 35.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Die Arbeiter-Garderoben
aus der Spezial-Abteilung von
Gebrüder Barg
5 Kohlmarkt 5
sind als sehr gut und billig bekannt.
Lederhosen, Cordhosen, Maurerhosen, Zimmerm.-Hosen, Zimmerm.-Westen, Leder-Joppen, Cord-Joppen, blau Stoff-Joppen, leinen Jacken, Kasen usw. usw. Rabattmarken oder 4 pCt.

Ein Tor

ist Jeder, der sich nicht mit der echten Steckenpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul, Schutzmarke: „Steckenpferd", wäscht. Dieselbe erzeugt ein zartes reines Gesicht, rosiges jugendfrisches Aussehen, weiße samtweiche Haut und blendend schönen Teint.

à St. 50 Pf. bei: Ferd. Kayser, Herm. Blaser, G. Dungert, Heinr. Heickendorff, Carl Schmidt, Rud. Karstadt, Wilh. Bandholz, Blume Jebsen, Aug. Prösch, H. Wittmack, sowie in der Löwen-Apotheke.

Riesen-Möbel-Ausverkauf

Sandstr. 28, Ecke Schmiedestr.

Schluss bestimmt am 13. März.

Unerreichte Preise!

I. Beweis:

1 kompl. Schlafzimmer, bestehend aus:
2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Kleiderschrank
1 Waschtisch
2 Stühle
1 Handtuchhalter
Mk. 83,-

II. Beweis:

1 kpl. Wohnungseinrichtung besteh. aus:
1 zweischläfr. Bettstelle
1 Matratze
1 Waschtisch
1 Kleiderschrank
1 Sofa u. 4 Stühle
1 Tisch
1 Spiegel
1 Küchenschrank
1 Küchentisch u. Stuhl
Mk. 149,-

So etwas wird nur einmal geboten im

Riesen-Möbel-Ausverkauf

Sandstr. 28, Ecke Schmiedestr. 2.

Lieferung frei Haus. | Freie Lagerung bis April.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck, sowie allen Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich am heutigen Tage eine

Fahrrad-Handlung und Reparatur-Werkstatt

eröffnet habe.

Ich bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe"

Hüxstrasse 117. — F. Barby. — Fernsprecher 816.

Uebernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattung.
Ueberführungen von und nach auswärts.
Grosses Lager von Särgen, Einkleidungen jeder Art, Grabstöcken und Kränzen.

Sie werden springen

vor Vergnügen über das hübsche Geschenk, das dem Veilchen-Seifenpulver **„Goldperle"** beiliegt. Jedes Paket enthält eine Beilage. Man achte auf den Namen **„Goldperle"**.

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**
En gros bei: **H. L. Wiegels.**

Ia. junges kernfettes Rindfleisch	Pfd. 60 Pfg.	
„ dickfettes Queenfleisch	Pfd. 65 und 70	„
„ Bratenstücke	Pfd. 65 und 70	„
„ Beefsteak	Pfd. 100	„
„ Rollfleisch	Pfd. 80	„
„ Gehacktes	Pfd. 70	„
„ Schweinefleisch	Pfd. 60 und 65	„
„ Karbonade	Pfd. 70	„
„ Kalbfleisch	Pfd. von 50 Pfg. an,	

sowie sämtl. **Wurstwaren** zu den billigsten Tagespreisen.
ff. Aufschnitt Pfund 1.— Mk.

Jeden Sonnabend: **Heiße Knackwurst**

empfiehlt

Hans Werk, Schlachterei u. Wurstmacherei,
Glockengießerstraße 73. Fernruf 1797.

Seefahrer-Krankenkasse in Lübeck.

Ordentliche General-Versammlung

Sonntag, den 23. Februar 1908, nachmittags 4 Uhr

im Lokale des Herrn **C. Rubach, Kl. Altefähre 23**

T.-O.: Abrechnung, Wahlen, Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 26 des Statuts aufmerksam. **Der Vorstand.**

Es ist **Tatsache**, daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft verkaufe.**

G. Creutzfeldt, Goldschmied, **Sandstr. 4.**

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Willy Backe,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr 21.

Zahn-Atelier
Karl Seeler
Breitestr. 85 87 I (Ecke Hüxstr.)

Zenstral-Speise-Halle,
Hüxstraße 61.
Mittagessen . . . 50 und 55 Pfennig.
Abendessen. . . . 35 und 40 Pfennig.

Jeder Wiederverkäufer, welcher wirklich feine **Heringe** führen will, beziehe dieselben aus der Heringsgroßhandlung von **H. L. Wiegels,** vorm. **J. C. Bunge.** Dies altbekannte Geschäft befindet sich Fischergrube Nr. 61.

Allen alten Lübeckern ist dies Geschäftshaus bekannt, weil in demselben seit 1825 ein hervorragend feiner Essig fabrizirt wird, welcher sich vorzüglich zum Marinieren von grünen Heringen 2c. eignet.

Matjes-, Sommerfang- u. Berger Flomheringe
empfiehlt
H. H. Holtermann,
Lübeck, Marktstraße 4.
Täglich: Bruchheringe.

Allerfeinste Meiereibutter
Pfund 1.55 Mk.,
II. Sorte Meiereibutter
Pfund 1.45 Mk.,
Beste Margarine
Pfund 90, 80, 70, 60 Pfg.
Konserven
in bester Qualität zu billigsten Preisen,
sowie sämtliche Sorten
Käse
empfiehlt **C. Krapp,**
Obere Wahmstrasse 6.
NB. Gebe auf sämtliche Waren Rote Rabattmarken.

Prima magnum bonum
und Eierkartoffeln auch für Wiederverkäufer empfiehlt
J. Sühr, Untertrave 22.

Täglich frische Landeier.
W. Bold, Kottwitzstraße 36.

Briketts, Marke Treue, 10 St. 10 Pf.
Kohl und Steckrüben billig.
H. Liesberg, Kottwitzstraße 47.

---

1 Waggon prima Lauenburger Kartoffeln, pa. Magnum bonum, Hamburger und französische Kartoffeln, verschied. Sorten pa. Pflanzkartoffeln.

J. Peters,
Dornestr. 32 a. Dornestr. 32 a.

Tiergarten.

Sonntag:
Ausschank von ff. Adler-Bock.
Seidel 15 Pfg.
W. Grammerstorf.

Skat-Klub „Ramsch".
Preis-Skat
Sonntag, 23. Februar, nachm. 5½ Uhr.
Hüxstraße 94.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag, d. 23. Febr. 1908
2. gr. hum. Bockbierfest.
Musik: Wittenburger Stadt-Orchester.
Anfang 4 Uhr. . . . . Eintritt 20 Pfg.
Programm und Lieder gratis.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 45. Sonnabend, den 22. Februar 1908. 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 21. Februar 1908.

107. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Nieberding.

Held (Natl.) beantragt: Erteilung der Genehmigung der Strafverfolgung gegen ihn.

Das Schreiben wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Scheckgesetzes.

Ein Antrag sämtlicher Parteien fordert, daß die Sparkassen ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen werden sollen.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hält den Antrag nicht für nötig, aber auch nicht für schädlich.

Singer (SD.) befürwortet den Antrag, wenn derselbe auch keine große Bedeutung habe und die Sparkassen gut daran tun würden, von den Bestimmungen des Gesetzes sehr sparsamen und sehr vorsichtigen Gebrauch zu machen.

Nachdem sich die Redner der übrigen Parteien in ähnlichem Sinne geäußert haben, wird das Gesetz angenommen.

In der nunmehr folgenden Fortsetzung der Justizdebatte nimmt das Wort

Frank (SD.): Der Staatssekretär behauptet kurz, aber nicht gut: es gibt keine Klassenjustiz. Mit Leichtigkeit könnte ich Hunderte von Fällen zur Widerlegung des Staatssekretärs aufzählen. Vor ein paar Jahren hatte die zweite Strafkammer des Landgerichts I in Berlin ausdrücklich anerkannt, daß in der Spruchpraxis sächsischer Gerichtshöfe Arbeiter für minderen Rechts betrachtet werden als andere Personen. (Hört, hört! bei den Soz.) In dieser Debatte hier im Hause hat Herr Heinze zugegeben, daß es in Deutschland eine Klassenjustiz gibt (Zuruf rechts: Leider!) Nachher hat er es allerdings bestritten. Indem er die Strafrechtspflege tadelte, wies Herr Heinze lobend auf die Zivilrechtspflege hin. Wir haben die Richter nicht dafür zu loben, daß sie ihre Pflicht tun; wohl aber haben wir an Schäden Kritik zu üben. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Im übrigen haben auch mit der Ziviljustiz, z. B. mit dem Vormundschaftsgericht, Arbeiter schon mehrfach recht üble Erfahrungen gemacht. Eine Arbeiterin wurde durch den Vormundschaftsrichter zum Austritt aus der Gewerkschaft gezwungen, da ihr sonst die Vormundschaft über ihr Kind genommen werden sollte. Ist das etwa nicht Klassenjustiz? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit Recht hat übrigens Herr Heinze auf die mangelhaften ökonomischen Kenntnisse der Richter hingewiesen. So wußte ein Mannheimer Richter nicht, was ein Streikbrecher ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sollte die Referendare ein paar Monate an Gewerbegerichten und evtl. auch auf Zeitungsredaktionen arbeiten lassen. Im übrigen wird man nicht mit kleinen Mitteln, sondern nur mit einer völligen Demokratisierung der Justiz eine Besserung herbeiführen. Es sind keineswegs bloß Sozialdemokraten, die sich über die Klassenjustiz beschweren. Unternehmerorgane, wie die „Deutsche Fleischerzeitung" und christliche Gewerkschaftsblätter, wie „Der Holzarbeiter", fällen die allerschärfsten Urteile über die dem Volksempfinden völlig entfremdete Justiz. Fortwährend gehen ergötzliche Proben von dem schönen Juristendeutsch durch die Zeitungen. Der Laie versteht nicht die Sprache der Gerichte. Die Prozesse der letzten Jahre haben das Vertrauen zu unserer Rechtspflege nicht gerade erhöht. Im Hau-Prozeß, im Moltke-Harden-Prozeß haben sich die Staatsanwälte Beschimpfungen und Bedrohungen von Zeugen und Sachverständigen erlaubt. Nur ein Lächeln kann es wecken, wenn die Staatsanwaltschaft sich als objektive Behörde bezeichnet. Ein und derselbe Staatsanwalt sieht in der Frage eines Streikenden: „Arbeitet Dein Bruder noch?" eine Drohung, in den Worten eines Streikbrechers: „Ich renne Dir das Messer in den Leib!" nur eine Beleidigung. (Lebh. Hört! hört! b. d. Soz.) Für die Frage hat der streikende Arbeiter 14 Monate Gefängnis bekommen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Untersuchungshaft wird vielfach bewußt angewandt als Folter zur Erzwingung von Geständnissen, und am schlimmsten werden die Besitzlosen von der Untersuchungshaft betroffen. In Baden können sie sogar dem Arbeitszwang unterworfen werden. (Hört! hört; b. d. Soz.) Trotz der Lehren, die der Fall des Köpenicker Hauptmanns gibt, werden die Verurteilten noch immer von Ort zu Ort gehetzt. — Abg. Wagner bezeichnet die Verbreitung der sozialdemokratischen Weltanschauung als Grund für die Zunahme der Kriminalität; aber in den von der sozialdemokratischen Agitation am wenigsten berührten Provinzen, in Ost- und Westpreußen hat die Kriminalität am meisten zugenommen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Lehrer sind sich einig darüber, daß die Kinderarbeit auf dem platten Lande ein Hauptgrund der Kriminalität ist. Mit Recht hat Herr Ablaß eine Verbesserung der Schulbildung gefordert, und mit Recht hat er auch die Schwierigkeiten getadelt, die der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung gemacht werden. Aber hat er etwas anderes von Herrn Holle erwartet? verwechselt er noch immer Kultusminister und Kulturminister? (Sehr gut! b. d Soz.) Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, auf die der Abg. Wagner schalt, könnten manchem Stammtisch von Offizieren und Studenten zum Muster dienen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Jugendorganisationen suchen ihre Mitglieder sittlich zu stählen für die geschichtlichen Aufgaben des Proletariats. Die Behörden aber bekämpfen diese Organisationen; sie legen sogar im Einverständnis mit der denunzierenden deutschen Turnerschaft den Bestrebungen auf körperliche Ausbildung der proletarischen Jugend Schwierigkeiten in den Weg. — Die vielen Resolutionen, die dieses Jahr eingebracht worden sind, zeigen schon die Reformdürftigkeit unserer Justiz. Die Resolutionen unserer Partei sind durchweg schon von meinem Freunde Stadthagen begründet worden. Es ist dringend notwendig, den Bureauarbeitern die Wohltat einer Institution nach Art der Gewerbegerichte zukommen zu lassen. Dringend notwendig ist die Abschaffung des Zeugniszwangs. Der Resolution Brunstermann auf Gebührenerhöhung stimmen wir zu: lehnen aber die Resolution Liebert betr. die Deportation ab. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge ist umso notwendiger, als gelegentlich schon Gefängnisstrafen für Maßnahmen der Arbeiter zur Durchführung von Tarifverträgen verhängt worden sind. — Der Abg. v. Maltzan hat auf die vielen Tatsachen, die mein Parteigenosse Stadthagen vorgebracht, nichts weiter zu erwidern gewußt, als schnodderige, persönliche Bemerkungen. Erst schien es so, als wollte er Stadthagen eine öffentliche Liebeserklärung machen, (Hrkt.), denn er nannte ihn immer nur beim Vornamen und schwelgte geradezu im Wohllaut des Namens Artur Stadthagen! Eine Liebe ist der anderen wert, und so werde ich denn heute nur sprechen von dem Freiherrn Ludolf v. Maltzan, Freiherrn v. Wartenberg und Penzlin. Der Herr Abg. Ludolf v. Maltzan, Freiherr v. Wartenberg und Penzlin (Hrkt) hat meinem Parteigenossen Stadthagen, der nicht anwesend war, aufs schärfste angegriffen. Herr Ludolf v. Maltzan . .

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte, hier die Abgeordneten nicht beim Vornamen zu nennen. (Unruhe u. Lachen bei den Soz.)

Dr. Frank: Gestern hat der Abg. v. Maltzan fortwährend vom Abgeordneten Arthur Stadthagen gesprochen. Ich nehme doch nicht an, daß der Präsident ein Sonderrecht für die adligen Abgeordneten einführen will. (Sehr gut! bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Bitte jede Kritik meiner Amtsführung zu unterlassen. (Lachen bei den Soz.) Ich habe nicht gehört, daß gestern der Abg. v. Maltzan den Vornamen des Abg. Stadthagen genannt hat. (Lautes Lachen und lebh. Widerspruch bei den Soz.) Wiederholt ist hier von dem Präsidenten die Anführung des Vornamens der Abgeordneten gerügt worden. Eugen Richter durfte immer nur Abg. Richter genannt werden. Außerdem (laut schreiend) dürfen Sie nicht sagen, daß ich ein Sonderrecht für die adligen Mitglieder des Hauses zuließ.

Dr. Frank (fortfahrend): Ich habe nur erklärt, daß auch ich das nicht von dem Präsidenten annehmen könnte. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Also: Der Abg. v. Maltzan hat gegen den Abg. Stadthagen schwere persönliche Vorwürfe gerichtet. Das mag freiherrlich sein, ritterlich war es nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Stadthagen hat schon am 28. Dezember 1892 das ehrengerichtliche Urteil sofort nach seiner Zustellung wörtlich im „Vorwärts" veröffentlicht. (Lebh. Hört, hört! und Sehr wahr! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Ich erwarte vom Abg. v. Maltzan, daß er von der gleichen Stelle aus, wo die Beleidigung gefallen, sie auch zurücknimmt Noblesse oblige! (Adel verpflichtet. [Sehr gut! links.]) — Im Fall Wrede interessiert uns nicht die Person der Fürstin, sondern nur die Frage, was wohl einem Armen geschehen wäre, der wegen Silberdiebstahls in Untersuchungshaft gesessen und den Antrag gestellt hätte, ihn von Amtswegen zu untersuchen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Maltzan hat sich gegen Sondergerichte gewandt. Da sorge er zunächst für Abschaffung der standesherrlichen Sondergerichte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Vor kurzem hat ein standesherrliches Sondergericht den Erbgrafen Erasmus zu Erbach-Erbach seiner Rechte für verlustig erklärt, weil er gewagt hatte, die Tochter einer Wäscherin zu heiraten. (Heiterkeit.) In der Justiz spiegeln sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wieder. Ein wirksamer Kampf gegen die Klassenjustiz hat seine Hauptspitzen gegen den Absolutismus im Schlosse und gegen den Absolutismus in der Fabrik zu richten. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Schirmer (Z.) konstatiert, daß eine arbeiterfeindliche Klassenjustiz existiere, wendet sich aber dagegen, daß die Tarifverträge benutzt würden, um Koalitionszwang an Stelle der Koalitionsfreiheit zu setzen. (Bravo! im Zentr.)

Müller-Meiningen (Fr. Vpt.) bespricht ausführlich sämtliche eingebrachten Resolutionen. Er wendet sich gegen die Deportation und verlangt dringend die Änderung des Strafverfahrens gegen Jugendliche. — Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft im Prozeß Moltke-Harden war eine juristische Ungeheuerlichkeit. — Die Sittlichkeitswächter sollten sich die Toiletten bei den Hofbällen ansehen, da gilt es: je ausgezogener, desto anziehender. (Sehr richtig! u. Heiterkeit links.) Die Polizei in der Kunst ist wie der Elefant im Porzellanladen. Vom preußischen Kultusministerium kann man sagen: Ob Stadt ob Holle, schwarz ist der Kopf bis in die Wolle. (Schallende Hrkt.) In dieser Beziehung hat Abg. Frank völlig recht. (Zuruf: Es lebe der Block!) In der Kunst gibt es keinen Block. (Sehr richtig! links.) Die Blockrede des Kanzlers sollte die modernen Elemente unter den Konservativen (Zuruf: Herr v. Oldenburg! — Gr. Hrkt.) bewegen, sich nicht mehr als Vorspann des Klerikalismus benutzen zu lassen. Der Liberalismus wird stets für die Freiheit der Kunst fechten. (Zuruf i. Ztr.: Hurra, Hurra! — Hrkt.)

Prinz Schönaich-Carolath (NL.) bespricht ausführlich die bekannte Verfügung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung. Der Redner wird fortwährend durch Zurufe des Abg. Gröber: Justizetat! Justizetat! Justizetat! unterbrochen. Mitten in der Rede des Abgeordneten Carolath gibt der Vizepräsident Kämpf dem Abg. Gröber das Wort zur Geschäftsordnung. Minutenlang sprechen zugleich Prinz Carolath, die Abgg. Gröber und Mugdan, der sich auch inzwischen zur Geschäftsordnung gemeldet hat. Vizepräsident Kämpf steht verwirrt da und das Haus ergötzt sich augenscheinlich an diesem Bild präsidialer Verwirrung. Endlich gelingt es dem Prinzen Carolath, seine Rede zu beenden. Er schließt mit der Aufforderung, die Gesellschaft zur Volksbildung nicht zu schikanieren, da man sonst nur die bildungshungrige Bevölkerung in die sozialdemokratischen Büchereien hineintreibt.

Frhr. v. Maltzan (K.): Ich halte vollkommen aufrecht, daß die Angaben des Herrn Stadthagen über den Grund seines Ausschlusses im Widerspruch mit dem Urteil stehen. (Hört, hört! rechts.) Der Ausschluß ist erfolgt wegen Verschleierung eines Rechtsverhältnisses zwecks Benachteiligung der Gläubiger und wegen Gebührenüberhebung. (Hört, hört! rechts.) Ein solcher Mann ist nicht berufen, den deutschen Richtern Moral zu predigen. (Beifall rechts. — Zischen bei den Soz.)

Werner (A.) freut sich über den Abg. Maltzan. (Beifall rechts.)

Göring (Z.) trägt Handwerkerwünsche vor.

Staatssekretär Dr. Nieberding sagt Berücksichtigung zu.

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(30. Fortsetzung.)

Der König verabschiedete die Versammlung, deren größter Teil aufs tiefste bewegt war. Jakob hatte mild und persönlich gesprochen, er hatte mit Tränen in den Augen seine Aufrichtigkeit beteuert, und was er sagte von den Schicksalen, die ihn und sein Haus heimgesucht, erhielt einen ergreifenden Ausdruck der Wahrheit durch seine gebeugte Gestalt und sein Haar, das in wenigen Monaten völlig ergraut war. — Viele waren da, die beim Abschiede dem alten Monarchen die Hand küßten und im Innersten ergriffen ihn mit gerührten Blicken betrachteten. Der König vergalt es ihnen mit Liebkosungen und herzlichen Worten, indem er wiederholt auf eine bessere Zukunft hinwies, wo er alte Treue belohnen und seine wackeren Freunde wieder heiter sehen werde.

„Kann ich noch etwas tun," sagte Lord Halifax, der der letzte war, „was Ew. Majestät mir befehlen könnten?"

„Nichts, Mylord," erwiderte Jakob freundlich; „aber ich erwarte Euch morgen und werde nicht verfehlen, immer Euren Rat und Beistand zu suchen; denn ich weiß jetzt, wie sehr Ihr mein Freund seid. — Euch habe ich es zu danken, daß der Prinz, so großmütig wie gerecht, alle Streitfragen an das Parlament gewiesen hat."

„Ohne meine Einwirkung hat das der Prinz getan," erwiderte der Lord, „doch Ew. Majestät haben recht, es war das beste, was geschehen konnte und was, klug benutzt, diejenigen mit ihren eignen Waffen schlägt, welche vielleicht arglistige Gedanken daran knüpfen."

„So ist es," rief der König, „aber alle sollen sich täuschen. Sie sollen erfahren, daß ich weiß, was ich tun muß, um alle Pläne meiner Feinde zu Schanden zu bringen. — So geht denn, teurer Lord Halifax, wir wollen morgen weiter über dies wichtige Parlament reden, dessen Versammlung mich mit Ungeduld erfüllt. Morgen sollt Ihr hören, was ich darüber denke; ich hoffe auch Euch zu überraschen."

Er drückte dem scheidenden Lord zärtlich die Hände. — „Ich gehe mit Freuden," sagte Halifax, „denn ich gehe mit großen Hoffnungen."

„Und ich," sprach der König, „entlasse Euch, Mylord, gewiß mit nicht geringeren."

Als Jakob mit seinen Ministern allein war, wandte er sich zu Jeffreys, und indem er sich frohgelaunt die Hände rieb, wie es seine Gewohnheit war, sagte er: „Habt Ihr das große Siegel mitgebracht, Lord-Kanzler, wie ich es wünschte?"

„Ja, Majestät," erwiderte Jeffreys, „ich habe es hier."

„So gebt es her," sprach der König. „Es ist ein altes Erbstück Englands. Viele Könige haben es besessen, viel Wichtiges und Großes ist damit besiegelt worden." Er nahm es aus des Kanzlers Händen, betrachtete es lange und fuhr dann fort: „Ihr kennt den alten Glauben, der im Munde des Volkes lebt und bedeutungsvoll sich an dies große Staatssiegel knüpft. So lange es nicht in den Händen der Feinde ist, lautet die Sage, können diese den Thron nicht stürzen. Nun ist es in Eurem Hause nicht so sicher in dieser Zeit der Unruhen, wie in meiner eigenen Obhut; ich will es daher selbst verwahren und ihm einen Platz anweisen, wo es so leicht nicht gefunden werden soll."

„O!" sagte Jeffreys, „diese Erklärung beruhigt mich, denn fast mußte ich fürchten, die Gnade meines hohen Herrn eingebüßt zu haben."

„Nein, nein!" rief der König, „nichts davon, Mylord. Ich liebe Euch, ich vertraue Euch ganz. Wir werden noch viele Tage beisammen sein! Ich kenne Eure Treue und weiß Euren Mut und Euren Eifer zu schätzen. Habt Ihr noch nichts von Eurem schönen Flüchtling gehört?"

„So viel, Majestät, daß das pflichtvergessene Mädchen in Oxford unter dem Schutz der Prinzessin lebt und mit dem verräterischen Buben, William Howe, heimlich getraut worden ist durch den meineidigen Priester Gilbert Burnet."

Der König runzelte die Stirn, aber sie wurde sogleich wieder glatt. „Beruhigt Euch, lieber Jeffreys," sagte er, „ich verspreche Euch eine andere schöne Braut, die schönste, die Ihr wählen mögt. Geht und seid morgen früh bereit mit mir zu arbeiten. Haltet Euch munter, es wird viel zu tun geben." Er drehte sich zu Godolphin um und nickte dem Staatssekretär lächelnd zu. „Habt Ihr die Ausschreiben des neuen Parlaments in mein Zimmer bringen lassen?" fragte er.

„Ja, Majestät. Alles, was irgend davon aufzufinden war, habe ich dort niedergelegt."

„So geht," sagte der König, „ruht aus. Es wird morgen ein Tag voll Arbeit und Unruhe werden. Seid früh bereit, Ihr werdet alle Hände voll zu tun haben."

Endlich war der König allein. Er kehrte in sein Zimmer zurück, und hier endlich verwandelte sich sein ernstes und nachdenkendes Gesicht in ein triumphierendes. Leise öffnete er die geheime Wandtür hinter seinem Bett, und sogleich trat mit Pater Petre der französische Gesandte herein; ein dritter Herr im dunklen Kleide blieb an der Tür stehen, es war Sir Edward Hales, der abgesetzte Gouverneur des Towers, das treueste und ergebenste Werkzeug Jakobs und der Jesuiten.

„Nun, Barillon," sagte der König hastig, „meine Frau und mein Sohn sind in Frankreich, und wie ich höre, mit königlichen Ehren aufgenommen. Ich hoffe, daß, wenn ich selbst ihnen folge, mein Empfang auf keine Hindernisse stoßen wird."

„Majestät," erwiderte der Gesandte ehrfurchtsvoll, „die Briefe meines Herrn besagen, daß seine Arme für den König von England immer offen sind. Man sagt mir jedoch, daß ein Vergleich abgeschlossen sei, und Ew. Majestät ihn bestätigt haben."

„Niemals! niemals!" rief Jakob mit funkelnden Augen, „kein Atom; nicht ein Atom! — Sie haben ein höllisches Gewebe erfunden, mich ganz in die Macht des Parlaments zu liefern. Nah, das Parlament! Verflucht sei das Parlament, das jede meiner Handlungen überwachen und mir sagen soll, was ich zu tun habe. Bei Gott! ich habe nicht zu wählen. Lieber zehn Mal meine Krone verlieren, als sie so beflecken lassen. — Ich will fort noch in dieser Nacht. Ich will ihnen zeigen, was es heißt, mich zur Flucht zwingen. — Sir Edward Hales, ist alles bereit?"

„Alles," sagte der düstre Mann an der Tür.

„So habe ich wenige Stunden noch," erwiderte der König. „Meine Briefe sind zusammengepackt; Pater Petre hat sie zum Teil dem spanischen, zum Teil dem florentinischen Gesandten samt meinen Kostbarkeiten übergeben. Helft sie

Stadthagen (SD.) (von der Rechten mit Oho-Rufen empfangen): Der Abg. Maltzan hat behauptet, ich sei von meinen Standesgenossen aus dem Anwaltstand ausgeschlossen worden. Das ist nicht wahr und Herr v. Maltzan könnte das aus den Akten des Reichstags wissen. Die erste Instanz hat meine Ausschließung abgelehnt und erst der Ehrengerichtshof, der zum großen Teil aus Richtern besteht, hat dem Ausschlußantrag nachgegeben. Herr v. Maltzan hat behauptet, ich hätte das Urteil niemals veröffentlicht. Das Urteil steht in allen seinen Teilen im Vorwärts vom 13. Dezember 1892. Die Sache ist hier im Reichstag schon einmal besprochen worden und sämtliche Parteien haben ihre Verwunderung über das Verhalten des Ehrengerichtshofs ausgesprochen. (Vielfaches Hört, hört! b. d. Soz.) 4 Punkte sind mir zur Last gelegt worden. Der erste Punkt betraf die Beleidigung des Richterstandes, die ich in einer Rede begangen haben soll, der zweite die Ablehnung des Herrn Braunewetter u. a. als Richter; der dritte Punkt betrifft die Beschuldigung einer Verschleierung eines Rechtsverhältnisses und der vierte die angebliche Gebührenüberhebung. Alle diese Punkte sind im „Vorwärts" ausführlich angegeben worden. Die Gebührenüberhebung würde, wenn sie erfolgt wäre, eine strafbare Handlung sein, wegen deren Anklage gegen mich erhoben werden mußte. Aber nie ist gegen mich Anklage wegen Gebührenüberhebung erhoben worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe alles getan, was ich konnte, um vor einem Gerichte in voller Öffentlichkeit die Sache zur Verhandlung zu bringen, die in geheimer Sitzung (Hört, hört! b. d. Soz.) der Leipziger Ehrengerichtshof verhandelt und entschieden hat. Ich habe Eingaben, die von den allerschärfsten Ausdrücken wimmelten, an den Oberstaatsanwalt und an den Justizminister gesandt. Im Reichstage ist das ganze Material vorgetragen worden. Männer aller Parteien, darunter der freisinnige Schneider, der freikonservative v. Unruh-Bomst, der konservative Ackermann haben ihr Erstaunen über das Vorgehen der Justizbehörden gegen mich zum Ausdruck gebracht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Trotz aller immer wieder und wieder von mir gemachten Versuche ist keine Anklage gegen mich erhoben worden. Ich kann verlangen, daß, wenn jemand die Sache hier vorbringt, er sie kennt. Wer hier vorträgt, was ich tausendmal außerhalb des Hauses als Verleumdung bezeichnet habe, ohne daß Anklage gegen mich erhoben wurde, der ist ein Verleumder. (Lebh. anh. Beifall b. d. Soz.)

Vizepräsident Kämpf (nachdem er lange mit den Schriftführern konferiert hat): Haben Sie mit den letzten Worten den Abg. v. Maltzan gemeint.

Stadthagen: Das überlasse ich dem Hause. (Lebh. Heiterkeit und sehr gut! links.)

Kämpf: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Schwacher Beifall rechts.)

v. Maltzan (K.) hält seine Behauptungen vollinhaltlich aufrecht. (Stürm. Unruhe b. d. Soz.)

Vizepräsident Kämpf teilt nunmehr mit, daß ein Vertagungsantrag, von sämtlichen Parteien unterzeichnet, eingelaufen sei. (Unruhe b. d. Soz.)

Bebel: Ich ziehe meine Unterschrift zurück.

Dr. Mugdan (FV.): Auch ich. (Lebhafter Beifall links.)

Gröber (Z.): Auch ich ziehe sie zurück. (Beifall.)

v. Normann (K.) zieht ebenfalls zurück. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Vizepräsident Kaempf: Nunmehr liegt kein Vertagungsantrag mehr vor. (Gr. Heiterkeit.)

Stadthagen (SD.) legt nochmals eingehend, unter Verlesung zahlreicher Schriftstücke, die Geschichte des Falles dar. Besonders betont er, daß die Staatsanwaltschaft die Liquidation, auf Grund deren er wegen angeblicher Gebührenüberschreitung vom Ehrengericht verurteilt worden sei, dem Mann, dem er sie ausgestellt hat, überliefert habe und daß dieser sie verbrannt hat. (Lautes Hört, hört! bei den Soz.) Redner wirft dem Abg. v. Maltzan vor, daß er sich zum Verbreiter der Verleumdungen des Reichslügenverbandes gemacht hat. — Die Reden und Artikel, die ich über meine Ausschließung gehalten habe, habe ich dem Oberstaatsanwalt, dem Justizminister, dem Reichsgericht, sämtlichen Mitgliedern des Ehrengerichts zugestellt, und es ist keine Anklage erfolgt. (Hört, hört! links.)

v. Maltzan (K.) (dem die Abgg. v. Normann und v. Kröcher warnend abwinken, während ihm der Abg. Wagner fortwährend Material zuträgt) verliest erneut das Urteil und bleibt dabei, es sei unerhört, daß ein solcher Mann fortwährend die deutsche Justiz angreife. (Schwaches Bravo! rechts, wie es scheint, vom Abg. Kreth ausgehend.)

Stadthagen (SD.): Ich stelle nochmals fest, daß die Staatsanwaltschaft, die Oberstaatsanwaltschaft und der Justizminister erklärt haben, nicht auf Grund der Behauptungen gegen mich einschreiten zu können, auf Grund deren der Ehrengerichtshof zu einer Verurteilung gelangt ist und die, wenn sie wahr wären, die kriminelle Strafbarkeit einschließen würden. Der Oberstaatsanwalt hat erklärt: Ich kann nicht einschreiten, da nichts Strafbares vorliegt. (Lebh. hört, hört! b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Vorher dritte Lesung des Telefunkengesetzes sowie des Scheckgesetzes.

Schluß 7¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

In der Berliner Kistenindustrie drohen Differenzen. Die Fabrikanten haben einen Tarif ausgearbeitet, der zahllose horrende Abzüge gegenüber dem jetzigen Tarif vorsieht. An festem Lohn sind pro Stunde 50 Pfg., für Kreissägenschneider 70 Pfg. vorgesehen, wenn der Kreissägenschneider mindestens vier Kistenmacher bedient. Offenbar um den Arbeitern die Abzüge „weniger fühlbar" zu machen, soll die Arbeitszeit von jetzt 49 Stunden in der Woche auf 53 Stunden hinaufgeschraubt werden. Bei „Bedarf" müssen außerdem auf Erfordern des Unternehmers Überstunden gemacht werden. Die Abzüge für die einzelnen Tarifpositionen gehen teilweise ins Ungeheuerliche. Es kann bei dem vorgelegten Unternehmertarif unter Umständen selbst einem geschickten Arbeiter passieren, daß er mit einem Verdienst von 17 bis 18 Mk. in der Woche nach Hause geht. Die Arbeiter sind entschlossen, sich gegen die Einführung dieses Tarifes mit allen Mitteln zu wehren.

Der gerüffelte Klassenrichter. Gegen den Amtsrichter Schuster in Schmölln hat das dortige Gewerkschaftskartell an das altenburgische Ministerium eine Beschwerde gerichtet, weil dieser Richter in einer Sitzung des Schöffengerichts in einer Urteilsbegründung sich die ungeheuerliche Beschuldigung des früheren Staatsanwalts und jetzigen Kriegsrats Romen zu eigen machte, daß es den organisierten Arbeitern auf einen Meineid nicht ankomme. Wörtlich hat der Amtsrichter Schuster ausgeführt: Es ist dem Gericht längst bekannt, daß zwischen den organisierten Arbeitern und den nicht organisierten Arbeitern ein heftiger Streit besteht. Es kommt einem organisierten Arbeiter selbst auf einen Meineid nicht an." Dem Beschwerdeführer ist nun vom altenburgischen Justizministerium folgende Antwort zuteil geworden: „Ihre Beschwerde vom 28./29. v. M. gegen den Amtsrichter Schuster haben wir demselben zur dienstlichen Äußerung vorgelegt. Nach seiner Erklärung ist das Schöffengericht bei der notwendig gewordenen Würdigung der Glaubwürdigkeit einer beeidigten Aussage zu der Überzeugung gelangt, daß dieser Aussage kein Glauben beizumessen ist, und hat hierbei neben anderen gegen die Glaubwürdigkeit sprechenden Umständen erwogen, daß der betreffende Zeuge als Mitglied eines Arbeiterverbandes den Angeklagten, welche keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, feindselig gegenüberstehe, daß zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern, wie gerichtskundig, eine bittere Feindschaft bestehe und daß die nichtorganisierten Arbeiter von den organisierten mit einem so grimmigen Hasse verfolgt würden, „daß ein organisierter Arbeiter unter Umständen nicht einmal vor einem Meineid zurückschrickt, wenn es gilt, einem nichtorganisierten etwas am Zeuge zu flicken." Bei der Verkündung des Urteils hat der Vorsitzende des Schöffengerichts in Gemäßheit von § 267 der Reichs-Strafprozeßordnung nach Verlesung der Urteilsformel die Urteilsgründe durch mündliche Mitteilung ihres wesentlichen Inhalts eröffnet. Amtsrichter Schuster hat dienstlich versichert, daß er sich bewußt sei, den wesentlichen Inhalt richtig verkündet zu haben, insbesondere sich bestimmt erinnere, nach den Worten: „nicht einmal vor einem Meineid zurückschrickt", den Bedingungssatz „wenn es gilt" wenigstens dem Sinne nach hinzugefügt zu haben. Dies ist auch vom Amtsanwalt und dem protokollführenden Beamten der Gerichtsschreiberei bestätigt worden. Amtsrichter Schuster hat in seiner Erklärung besonders betont, daß er bei Verkündung der Urteilsgründe nicht seine persönliche Meinung, sondern pflichtgemäß die Überzeugung des Schöffengerichts zum Ausdruck gebracht habe. Die Erwägungen des Gerichts bei der Urteilsfindung sind der Nachprüfung durch die Justizverwaltung im Beschwerdewege entzogen. Das Gericht hat bei der Urteilsfindung nach seinem freien, vor jeglichen Eingriffen der Verwaltung verfassungsmäßig geschützten Ermessen zu entscheiden. Auch die mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Entscheidungsgründe, insbesondere die Frage, worin der wesentliche Inhalt bestehe, steht ausschließlich im Ermessen des verkündenden Vorsitzenden und entzieht sich jeder Anfechtung (s. auch Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 4, S. 211). Wir sind daher verfassungsmäßig nicht in der Lage, das Ersuchen des Gewerkschaftskartells, gegen den Amtsrichter Schuster im Dienstaufsichtswege einzuschreiten, in nähere Erwägung zu ziehen. Wir erkennen aber mit dem Gewerkschaftskartell an, daß der angefochtene Teil der Begründung des schöffengerichtlichen Urteils, auch in seiner vorstehend festgestellten Einschränkung und trotz seines engen Zusammenhanges mit einer einzelnen Zeugenaussage, geeignet ist, den organisierten Teil der Schmöllnschen Arbeiterschaft zu verletzen. Nach unserer Auffassung hätte sich eine solche, vom Schöffengericht und seinem Vorsitzenden nicht beabsichtigte Verletzung vermeiden lassen, wenn von einer so bedenklichen und u. E. auch zur Urteilsbegründung nicht nötigen Ausdehnung und Verallgemeinerung der für die Unglaubwürdigkeit eines Zeugen sprechenden Gründe auf einen weiteren Personenkreis Abstand genommen worden wäre. Jedenfalls war der Vorsitzende des Schöffengerichts bei der Verkündung des wesentlichen Inhalts der Entscheidungsgründe nicht verpflichtet, derartige Verallgemeinerungen auszusprechen, und hätte nach unserer Ansicht in richtiger Erkenntnis der dargelegten Sachlage davon Abstand nehmen sollen. Wir haben dies dem Herzoglichen Amtsgericht in Schmölln und dem Vorsitzenden des dortigen Schöffengerichts zu erkennen gegeben.

Gerber."

Unsere Toten. In Dresden starb der Genosse Friedrich Gamnitz. Er war einer von der alten Garde und hat jahrzehntelang in der uneigennützigsten Weise für die Partei und die Gewerkschaften gearbeitet, bis ihn schwere Krankheit davon abhielt.

Strafantrag gegen den „Badischen Beobachter" hat Genosse Reichstagsabgeordneter Ad. Geck gestellt. Das Blatt hat ihm Ausbeutung und schlechte Behandlung einer armen Frau vorgeworfen.

Aufgehobenes Urteil. Die Berufungsstrafkammer des Landgerichts in Mülhausen hob das Urteil des Schöffengerichts Mülhausen auf, das den Genossen Wicky von der „Mülhauser Volkszeitung" wegen Beleidigung des „Demokraten" Simmel mit drei Monaten Gefängnis bedachte. Die Sache wurde an das Schöffengericht zurückverwiesen, weil bei der Entscheidung über einen Ablehnungsantrag des Angeklagten der abgelehnte Vorsitzende des Schöffengerichts, ein Assessor, selbst mitgewirkt hatte.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine köstliche Satire auf eine gewisse Sorte „Wohltätigkeit", wie wir sie namentlich in der Weihnachtszeit und bei sonstigen passenden Gelegenheiten beobachten können, leistete sich — allerdings unfreiwillig — der Justizrat Wallach in Essen (Ruhr) als Verteidiger einer bäuerlichen Milchpantscherin. In Mülheim (Ruhr) betreibt die sehr gut situierte Ehefrau des Landwirts Röllenberg nebenbei das recht einträgliche Geschäft des Milchhandels, der um so lukrativer sich gestaltet, je unverschämter die vielfach übliche Pantscherei betrieben wird. Frau Röllenberg verstand sich ganz besonders gut auf das Pantschen. Seit Jahr und Tag konnte sie ungehindert die Fälschung der Milch betreiben, ohne dem Strafrichter zu verfallen. Doch endlich wurde sie ertappt, da sie es schließlich zu arg trieb. Vor der Strafkammer in Duisburg wurde ihr nachgewiesen, daß die von ihr verkaufte „Milch" in einzelnen Fällen die unglaubliche Menge von 71 Prozent Wasserzusatz aufwies. Dem Polizeibeamten Opfermann, der die Pantscherei festgestellt hatte, wollte die brave Bäuerin erst mit 15 Mk., dann mit 100 und schließlich mit 2000 Mk. (!) den Mund stopfen. Doch hier war sie an den Verkehrten gekommen. Die Sache ging ihren Gang und das Duisburger Gericht erteilte der gerissenen Landwirtin einen ganz gehörigen Denkzettel. Wegen des Bestechungsversuchs wurde auf **1000** Mark und wegen der fortgesetzten gemeingefährlichen Nahrungsmittelfälschung auf einen Monat Gefängnis und noch weitere **1000** Mark erkannt.

Das Humorvolle bei dieser an sich durchaus nicht humoristischen Sache war nun, daß Herr Justizrat Wallach, den die begüterte Landwirtin sich als Verteidiger von Essen nach Duisburg hatte kommen lassen, und der im Ruhrgebiet als tüchtige Kraft für „schmierige Fälle" gilt, mildernde Umstände für die „fromme" (natürlich sind solche Leute allemal fromm!) Milchpantscherin geltend gemacht haben wollte, weil — doch die Angeklagte als große Wohltäterin der armen Leute bekannt sei! — —

Das übertrifft noch das tränenerstickte Schluchzen des Herrn Sello!

Ein verurteilter Reichsverbändler. Gegen Ende des letztvergangenen Jahres meldete man die Unterschlagungen und schließliche Flucht des kgl. Oberverwaltungsschreibers Bernhard Eggers von den staatlichen Munitionswerkstätten in Spandau. Eggers hatte sich nach einiger Zeit freiwillig der Polizei gestellt und wurde vor dem Berliner Landgericht III abgeurteilt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Unterschlagungen des E. schon im Jahre 1903 ihren Anfang nahmen und durch raffinierte Quittungsfälschungen so lange verdeckt wurden. Eggers, der Schriftführer des Spandauer Reichsverbandsvereins war, und noch bei den Hottentottenwahlen im Januar 1907 wie ein Berserker gegen die „sittenlose, Ehe, Familie, Vaterland und Religion vernichtende Sozialdemokratie" wütete, verpraßte das gestohlene Geld in der Hauptsache mit den bekannten Damen der Halbwelt in Berlin. E. erhielt 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis.

Schutz gegen Schutzleute. Die „Schutz"leute Nienhaus, Antrecht und Grothe in Frankfurt a. M. verhafteten in einer Septembernacht ohne jeden begründeten Anlaß den Reisenden Bars und schleppten ihn zur Wache. Bars, ein schwächlicher Mann, soll unterwegs mißhandelt und auch einmal auf die Erde geschleudert worden sein. Vor dem Revier sei Bars, der laut um Hilfe rief, nochmals mit Faustschlägen in den Nacken traktiert worden, und beim Hineinbringen in die Wache sei er von einem dicken Schutzmann — es soll der Schutzmann Gustav Grothe gewesen sein — mit einem Fußtritt empfangen worden. Die drei Schutzleute hatten sich jetzt vor der Strafkammer wegen Körperverletzung, Nienhaus und Antrecht überdies wegen unberechtigter Festnahme zu verantworten. Die Angeklagten halten sich für unschuldig; Nienhaus will den Bars für einen der Einbrecher gehalten haben. Nach der Aussage eines Zeugen hatte Bars nach seiner Entlassung aus der Wache dicke Lippen, blutiges Zahnfleisch und Beulen am Kopf. Staatsanwalt Hoffmann bezeichnete den Fall als höchst bedauerlicher Natur. Er beantragte gegen Nienhaus vier Monate, gegen Antrecht einen Monat und die Freisprechung des Grothe, dessen Schuld nicht erwiesen sei. Das Gericht hielt die Festnahme des Bars durch Nienhaus nicht für berechtigt; Antrecht dagegen konnte sie für gerechtfertigt halten. Nienhaus wurde, wie bereits kurz berichtet, wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung im Amte zu vier Monaten, Antrecht wegen Körperverletzung im Amte zu 200 Mk. Geldstrafe ver-

---

erhalten und schützen, Barillon, und lebt wohl, in Versailles sehen wir uns wieder."

„Ich hoffe, Majestät," versetzte der Gesandte, „bald Ihnen von neuem in Whitehall meine Ehrfurcht bezeugen zu können."

„Wenn ich wieder König bin," sagte Jakob, „wenn ich als König mein Ansehn und meine Rechte gebrauchen kann, und diese Verräter — Fluch ihnen! und Fluch vor allen dem nichtswürdigen Churchill! — empfangen haben, was sie verdienen."

„Bedürfen Ew. Majestät vielleicht noch Bares Geld?" fragte Barillon.

„O! wäret Ihr doch immer so freigebig gewesen," rief der König schmerzlich. „Geld war es, was mir fehlte, jetzt ist es zu spät. — Geht, Marquis, Petre soll Euch bis an die Pforte begleiten, und Ihr, Sir Hales, erwartet mich Punkt drei Uhr mit Euer Kutsche am Ausgange des Parks."

Der finstere Mann nickte schweigend und entfernte sich.

Jakob wendete sich zu dem Tisch, auf welchem die Ausschreiben zum Parlament lagen, und mit leisem höhnischen Lachen nahm er die Blätter und zerriß sie in Stücke. — „So," sagte er vor sich hin, „soll es allen denen gehen, die mir Gewalt angetan haben. Zerreißen will ich sie wie mürben Zunder und ihre Asche in die Luft streuen." — Er nahm den Haufen der Papiere und warf sie in den Kamin. Das Feuer loderte hell in dem Kohlenbecken auf; es schien dem Könige Freude zu machen, wie die Flamme die großen Worte: Parlament und den Berufungstag verzehrte. — Er nährte die Glut und stocherte sie auf. Der dunkelrote Schein überglühte sein gelbes, faltiges Gesicht: er wärmte seine Hände, lachte dazu und stierte von Zeit zu Zeit in die Nacht hinaus, die düster und nebelwoll sich über London gedeckt hatte. — So fand ihn Pater Petre, als er zurückkehrte.

Pater Petre näherte sich dem Könige, der unverwandt in das Feuer schaute und ihn nicht bemerkte. — Die finsteren Züge Jakobs waren so starr und grau wie aus Stein gehauen; er bewegte sich nicht und verfolgte im tiefen Nachsinnen die straglenden Flammen, aus denen dann und wann die Funken aufsprühten.

„So endet alles," sagte der König mit hohler Stimme, „und nichts bleibt übrig als ein wenig Asche und Staub."

„Übrig," bemerkte hierauf der Priester, „bleiben die Taten der Menschen, welche weiter leben, wenn sie nicht mehr sind."

„Ihr seid es, Petre!" rief der König, der bei der Antwort erschrocken sich aufrichtete. — „Die Taten bleiben übrig, sagt Ihr; und meine Taten, welch' Angedenken werden sie unter den Nachgeborenen finden?"

„Die Taten der Gerechten leben ewig," sprach der Jesuit. „Ew. Majestät Andenken in dem großen Buche der Geschichte wird nach Jahrhunderten noch den Fürsten ein glorreiches Beispiel sein, und so lange die heilige Kirche noch Macht hat über die Herzen ihrer Kinder, wird sie nicht aufhören den zu preisen, der ihr ein frommer und treuer Sohn gewesen ist."

„Mein Vater," sprach Jakob, indem er die Hand des Priesters faßte, „ich danke Euch für den Mut, den Ihr mir oft schon in mein schwaches Herz zurückgeführt habt. — Fürchtet nicht, daß ich fallen könnte, dazu steht mein Glaube zu fest, aber wanken kann der Mensch, und noch in diesem Augenblick, wo ich hier einsam stand und das elende Dokument verbrannte, das Zeugnis gab von meiner Schwäche, kam plötzlich eine Angst über mich, die ich nicht abschütteln konnte. — Ich sah das Feuer versinken und nichts als ausgebrannten Staub vor mir. Wenn es nun so wäre, Pater Petre, wenn alle meine Opfer, alle meine Leiden zu nichts helfen als zu einem dunklen Grabe. Wenn ich sterben müßte, verbannt und flüchtig umherirrend; mein Sohn ein Bettler auf fremder Erde, meine Krone abgerissen von seinem schuldlosen Haupt durch meine Hand — durch meine Hand, die sie von sich schleuderte, und wenn Halifax Recht hätte!" flüsterte er dumpf und leise.

„Sire," sagte der Jesuit im strafenden Tone, „wollen Sie diese Krone von dem ketzerischen Parlament als ein Geschenk annehmen? Wollen Sie nach seinen Befehlen Ihre katholischen Brüder martern und den Henkern überliefern, wie Karl der Zweite es getan hat? Wollen Sie der Knecht dieser Ihrer Untertanen sein, welche Ihnen Gesetze vorschreiben werden und nichts mehr übrig lassen von einem Könige als einen Schatten, der keinen Willen hat, der ausführen muß, was sie ihm tun heißen?"

(Fortsetzung folgt.)

urteilt. Grothe wurde freigesprochen, obwohl er beinahe der Tat als überführt anzusehen war. — Der Polizist Karl Kaschewski aus Düsseldorf hatte sich wegen Diebstahls vor Gericht zu verantworten. Kaschewski hatte sich mehrere Stunden in einer Kneipe aufgehalten und benutzte den Augenblick, wo er zufällig allein war, um die Kasse einer „Revision" zu unterwerfen. Bei diesem Manöver wurde er von der Tochter des Hauses überrascht; dieselbe gab ihrem Erstaunen durch die Worte: „Ich war bis jetzt der Meinung, die Polizeibeamten sollten das Eigentum schützen und nicht selbst stehlen", Ausdruck. Der Ordnungsmann leugnete die Tat und suchte einen Bauarbeiter zu verdächtigen. Er wurde aber zu einer Woche Gefängnis verurteilt; auch wurde er seines Postens enthoben. — Der Stadtrat in Gera hat eine Dienstanweisung an die Schutzleute erlassen, worin ihnen eingeschärft wird, den Waffengebrauch auf den äußersten Fall einzuschränken. Es ist bezeichnend, daß solche Verfügungen überhaupt erlassen werden müssen.

Das Landgericht in Schweidnitz verurteilte Mittwoch einen fünfzehnjährigen Lehrling wegen Diebstahls und Betruges im Rückfall zu 3½ (drei und einem halben) Jahre Gefängnis! Der Herr Staatsanwalt hatte — 5 (fünf) Jahre beantragt.

Aus Nah und Fern.

Ein abgelehntes Gnadengesuch des „Hauptmanns von Köpenick". Aus Berlin wird gemeldet: Der Schuhmacher Voigt, „der Hauptmann von Köpenick", hatte infolge eines unheilbaren Brustleidens ein Gnadengesuch an Kaiser Wilhelm gerichtet, welches von der Gefängnisverwaltung befürwortet worden war. Das Gesuch ist trotzdem aber abgelehnt worden.

Elektrischer Kurzschluß durch eine Ratte. In Charlottenburg herrschte Dienstag abend, bald nach 11 Uhr, in den Straßen und auf den Bahnhofen, in den Theatern und Restaurants eine egyptische Finsternis. Der Urheber dieser plötzlichen Störung, die im ganzen eine halbe Stunde dauerte, war eine Ratte, die, auf einem nächtlichen Streifzuge begriffen, in den Hochspannungs-Verteilungsraum des Elektrizitätswerks am Lützow geraunt und hier zwischen die Sammelschienen geraten war. Bei dem Eintritt des Kurzschlusses wurden die Maschinen durch die automatischen Sicherheitsvorrichtungen ausgeschaltet. Nach Auffindung und Entfernung des sofort getöteten Eindringlings wurde der Betrieb wieder aufgenommen und die Beleuchtung funktionierte wieder wie zuvor. Schon einmal war, was der Kuriosität wegen bemerkt sei, eine Ratte die Veranlassung, daß das elektrische Licht in Charlottenburg plötzlich erlosch, und die damalige Übeläterin wird noch heute in Spiritus aufbewahrt.

47 000 Mk. veruntreut. Es ist nun festgestellt, daß der vom Amt suspendierte und in den Anklagezustand versetzte Offenbacher Stadtrechner Grebe 47 000 Mk. veruntreut hat. Erleichtert wurden die jahrelang zurückreichenden Unregelmäßigkeiten durch unzweckmäßige Einrichtungen der Stadhauptkasse und durch den Umstand, daß Grebes Vorgesetzter und ihn kontrollierende Oberbuchhalter sein eigener Sohn war.

Einer weitverzweigten Wechselfälscherbande kam die Duisburger Kriminalpolizei auf die Spur. Dieselbe war über den ganzen Industriebezirk verzweigt und hat die Bergisch-Märkische Bank um 17 500 Mk. betrogen. In Essen und Gelsenkirchen wurde bei bekannten Bankhäusern mehrfach vergeblich der Versuch gemacht, die von hervorragenden Firmen angeblich ausgestellten akzeptierten Wechsel unterzubringen. Zwei Frauenspersonen, die Ehefrau des Geschäftsführers Scharpegge aus Mülheim a. Rh., sowie deren 18jährige Tochter, sitzen bereits seit Januar hinter Schloß und Riegel. Die Verhaftung einer ganzen Anzahl an der Affäre beteiligten Personen steht bevor.

Wahlrechtsdemonstrationen der englischen Frauen. Aus London wird geschrieben: Eine Gruppe von englischen Frauen führt den Kampf um das Parlamentswahlrecht der Frauen in sehr energischer Form. Alle Mittel, auf welche diese erfindungsreichen Frauen verfallen, werden angewendet, um den Machthabern begreiflich zu machen, daß eine starke Bewegung für das Frauenwahlrecht existiert. Die Agitation wird englischer Sitte gemäß vielfach auf der Straße geführt. Frauen halten auf der Straße nicht nur Reden und verteilen Flugblätter, sondern sie haben auch ihre Parole: „Das Wahlrecht den Frauen!" durch große Nebelhörner gerufen. Um gegen Arretierungen geschützt zu sein, sind nun einige Frauen auf eine glänzende Idee gekommen. Sie haben sich selbst mit eisernen Ketten und Schlössern an ein Gartengitter gefesselt, so daß die Polizisten ratlos waren. Vor einigen Tagen haben die Wahlrechtskämpferinnen wieder einen gelungenen Trick angewendet, der an das trojanische Pferd gemahnt. Sie hielten einen dreitägigen Kongreß ab und die Polizei hatte die nicht unrichtige Vermutung, daß die Teilnehmerinnen zum Parlamentsgebäude ziehen werden. Da aber in England ein Gesetz besteht, daß in einem Umkreis von etwa einem Kilometer um das Parlament Aufzüge nicht stattfinden dürfen, mußten die Kongreßteilnehmerinnen erwarten, daß sie von der Polizei verhindert werden, ihr Ziel zu erreichen. Sie überlisteten deshalb die Hermandad, indem sie in zwei geschlossenen Möbelwagen zum Parlament fuhren. Natürlich wurden diese Wagen nirgends angehalten. Vor dem Eingang zum Parlamentsgebäude klopften die Kutscher auf die Wagendecke und im Nu stürzten aus den Wagen die Stimmrechtlerinnen hervor. Wenn die Frauen auch nicht in das Gebäude kamen, so war ihnen die Demonstration vor dem Parlament geglückt. Die Polizisten eilten natürlich herbei, um die Frauen zu vertreiben. Die Stimmrechtskämpferinnen wehrten sich heftig. Sie wurden aufs Polizeiamt geführt und vorerst entlassen. Am nächsten Tage war die Verhandlung. Zwei „Rückfällige" wurden zu je 48 Kronen Geldstrafe oder einen Monat Haft verurteilt. Die anderen wurden milder behandelt. Diese Milde ist bei der besonderen Absurdität vieler englischer Gesetze allerdings ganz eigenartig ausgefallen; die Frauen wurden verhalten, entweder je zwei Bürgen dafür beizustellen, daß sie sich weiter „ruhig betragen" werden — wenn das nicht geschieht, haben die Bürgen 480 Kronen zu zahlen oder sich sechs Wochen einsperren zu lassen. Also die „Rückfälligen" 48 Kronen Strafe, die „Unbescholtenen" sechs Wochen Gefängnis. Die Frauen stellten nicht die Bürgen, sondern ließen sich einsperren.

Arbeitslosenkrawalle in Philadelphia. In Philadelphia kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und der Polizei, bei dem eine große Anzahl Personen verwundet wurde. Die Unruhen gingen von einer etwa 1500 Mann starken Ansammlung Arbeitsloser aus. Diese, zumeist Russen und Italiener, zogen mit roten Fahnen zum Rathause, um dort vom Mayor Arbeit zu verlangen. Während der Zug sich durch die Straßen bewegte, begingen die Demonstranten fortgesetzt grobe Ausschreitungen gegen Passanten, die in Wagen vorüberfuhren, und auch gegen das Publikum auf den Trottoirs. Die Polizei schritt gegen die Ruhestörer ein, versuchte aber vergeblich, den Zug zu sprengen. Ihre Aufforderung zum Auseinandergehen wurde durch eine Salve von Pistolenschüssen beantwortet. Darauf ging die berittene Polizei vor, der es schließlich gelang, die Menge, die erbitterten Widerstand leistete, auseinanderzutreiben; dabei machte die Polizei von ihren Knüteln Gebrauch. Soweit bisher festgestellt ist, sind drei Polizisten durch Schüsse verwundet, drei unbeteiligte Zuschauer verletzt und vierzehn von den Teilnehmern am Zuge mit Verletzungen in Krankenhäusern eingeliefert. Wie viele von den verletzten Arbeitslosen es vorgezogen haben, zu verschwinden, ist nicht festzustellen. Sehr groß ist die Zahl der vorgenommenen Verhaftungen

28 Personen bei einer Dynamitexplosion getötet. Aus Berkeley (Kalifornien) wird gemeldet: Im Packhause der Herkules-Pulverwerke sind zehn Tonnen Dynamit explodiert. Vier Weiße und 24 Chinesen wurden getötet.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 21. Februar.

1. Qualität	144—148 Mk.
2. „	138—140 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russische und ähnliche	138—142 „
Galizische und ähnliche, verzollt	— „
Amerikanische	— „

Sternschanz-Viehmarkt

21 Februar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 2549 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 53—54 Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 48—51 Mk. pro 100 Pfund

Briefkasten.

C. B. Werde referieren. St.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
(Sämtlich in Lübeck)

Ein Bockbierabend wird am heutigen Sonnabend in der „Ewigen Lampe" (Pferdestall), Johannisstr. 5, Besitzer Herr Heinrich Luckmann, veranstaltet. Wir zweifeln nicht, daß dieser Abend sich in Anbetracht der verschiedenen Veranstaltungen sowie der guten Küche des Herrn Luckmann eines guten Besuches zu erfreuen hat.

Auguste Wolter
Friedrich Beyer
Verlobte.
Demmin. **Lübeck.**
Lübeck, den 23. Februar 1908.

Freitag mittag entschlief nach langem, schweren Leiden meine innigst geliebte Frau und meiner Kinder liebevolle, treusorgende, herzige Mutter
Auguste Buhmann geb. Ellerbrock
im 34. Lebensjahre.
Auf tiefste betrauert und vermißt von den trauernden Hinterbliebenen
Karl Buhmann und Kinder.
Lübeck, den 22. Februar 1908.
Beerdigung Dienstag vom Vorwerker Friedhof aus.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäft. Personen.
(Zahlstelle Lübeck.)

Am Montag, den 17. Februar starb unser Mitglied
Carl Dietz.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet Montag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Sammelplatz: Hansa-Halle; Abmarsch nachmittags 2½ Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Planet", Fackenburg.

Infolge eines Unglücksfalles starb unser Mitglied
Carl Dietz.
Ehre seinem Andenken.
Abmarsch der Genossen am Montag, den 24. Februar, nachmittags 2½ Uhr von **F. L. Paetaus Gesellschaftshaus.**
Der Vorstand.

Zum 1. April eine **Stube** mit Kammer u. Bodenraum im Preise von 110 Mk. z. verm. Bleicherstr. 6.

Ein **Zimmer** an einen jungen Mann zu vermieten.
Georgstraße 15a, 2. Etage.

Freundl. **Parterre-Wohnung** an ruhige, einzelne Leute für 150 Mk. zu verm.
Näh. in der Exped. d. Bl.

Masken-Anzug (Bäuerin) zu vermieten.
Marktwiete 4.

Ein eleg. seidener **Damen-Maskenanzug** zu vermieten.
Hundestr. 33, part.

Elegante **Maskenanzüge** für Herren und Damen, auch in Kunstmalerei, zu billigsten Preisen. Beckergrube 99, II.

Wagenremise mit Stallung
zu vermieten.
Näheres Glockengießerstr. 73.

Gesucht zum 1. März ein junger ordentl. **Knecht** oder solcher der Ostern die Schule verläßt.
Frau **J. Ebmcke,**
Wiesenweg 6 (Burgtor).

Mein Haus in der Kl. Grövelgrube ist bill. zu verk. Zu besehen Sonntags.
Näh. **P. H. Bernhard**, Hüxterdamm 10.

Zu verkaufen eine fast neue **Garnitur,** ein Sofa, 4 Sessel, Teeschrank, Waschkommode, 2 Bettstellen mit Matratze.
Näheres Arnimstr. 42d.

Großer **Schloßkorb,** fast neu, billig zu verkaufen. Segebergstr. 14. I., Holstentor.

Ein fast neuer **Kinderwagen** mit Fell-Wagendecke billig zu verkaufen.
Engelsgrube 43/17.

Ein Musikkasten mit 10 Platten billig zu verkaufen. Lützowstraße 20.

Vertikow und Sofatisch
umzugshalber zu verkaufen.
Hundestraße 72, II.

---

1 Stamm Saverolles-Hühner, 1—6, zu verkaufen. Ariunstraße 42 d.

Ein guterhaltener Kinderwagen zu verkaufen. Füchtingstraße 13.

Billig zu verk. **1 Schloßkorb,** 1 Paar langschäftige **Stiefel,** 1 mahag. **Sofatisch, 1 Petroleum-Kocher.**
Glandorpstraße 32, r.

Sonnabend und Sonntag sind **Ferkel** billig zu verkaufen.
Krögers Gasthof, Schwartau.

Sonntag steht ein **großer Transport Ferkel** billig z. Verkauf.
Gasthof Drei Kronen, Fackenburg.

Brief- u. Rasse-Tauben
zu verkaufen Sedanstraße 10a.

Sonntag steht ein großer Transport **Ferkel** billig z. Verkauf.
Joh. Alwens, Tremskamp 12.

Zu verkaufen ein **Zugänger.**
Bangsweg 6.

Tauben, Kaninchen und Ställe billig zu verkaufen Marlistraße 100, I.

Ein Beutel mit Bohnen gefunden.
Timcke Charlottstraße 17, pt.

Feine Wäsche
wird sauber gewaschen und geplättet
Segebergstr. 14, I, Holstentor.

Ehrenerklärung.
Erkläre Frau **Krumm** als eine ordnungsliebende Frau und weise jeden erhobenen Zweifel hierüber zurück.
Frau **Staack,** Kaltenhof, Schwartau.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am Sonntag, den 23. Februar 1908.
Dr. Ziehl,
Dr. Stoffer,
Dr. Forst.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Johannisstraße 46.

Friedrich-Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Tanz-Kränzchen
Ludwig Stamer.

WAISEN-HOF.
Fackenburger Allee 56.
Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen.
Eintritt frei.

Central-Hallen.
Jeden Sonntag:
Großer Tanz
in beiden Sälen.
Anfang 5 Uhr. **Ende 12 Uhr.**
Eintritt: Herren **20** Pfg., Damen **10** Pfg.

Flora.
Sonntag, den 23. Februar 1908:
Großes Tanzkränzchen
verbunden mit
Bockbier-Fest.
Anfang 4 Uhr. **Ende 2 Uhr.**
Bockbierkappen sind gratis an der Kasse zu haben.
Eintritt frei.

Gesellschaftshaus Adlershorst.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Neu! **Louisenlust.** Neu!
Heute Sonntag, den 23. Februar 1908:
Großes Bockbierfest mit Tanz.
Musik: Harmonikaklub „Harmonia".
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 12 Uhr.
Bockbierkappen werden gratis verteilt.
W. Gloe.

Weißer Engel.
Jeden Sonntag Tanzkränzchen.

Wakenitz-Bellevue
Heute Sonntag, d. 23. Februar:
Großes humoristisches
Bockbier-Fest
Hansa-Bock! Hansa-Bock!
Seidel 15 Pfg.
Kappen sind im Lokal zu haben.
H. Fürböter.

Travestrand Moisling
Heute Sonntag, den 23. Februar 1908:
Grosse
öffentliche Maskerade.
Lokalöffn. 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Johs. Schiering.

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.

Extra-Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 24. Febr. 1908,
abend 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Der Anhang des Tarifes.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Schönböcken und Umgegend.

Am Sonntag, den 23. Februar 1908:

Großes Kappenfest

im Lokale „Steinrader Baum", wozu freundl. einladet Der Vorstand

---

Zentral-Verband der Fleischer

und Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum

BALL

verbunden mit Auftreten einiger Kollegen, die dem Athletenklub „Hansa" angehören,
als Zahn- u. Kraft-Athleten,
sowie humoristisch. Vorträgen
am Sonntag, den 23. Febr. 1908,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Eintritt 50 Pfg., einzelne Dame 20 Pfg.
Anfang 7 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Das Komitee

St. Gertrud-Gilde.

Einladung zum

BALL

am Sonntag, den 23. Febr.
im Lokale des Hrn. Gutsche,
„Beulonerhof".
Arnimstraße.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintrittspreis 50 Pfg.
Das Komitee.

Fackenburger Liedertafel.

BALL

verbunden mit
Kappenfest
am Sonntag, den 23. Februar 1908,
im Lokale des Hrn. F. L. Paetau
Anfang 7 Uhr. Ende 3 Uhr morgens.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Der Vorstand.

Gesang-Verein „Freiheit"

Einladung zum

Kappen-Fest

am Sonntag, den 23. Febr.
im Lokale „Einsiegel", F. Jenkel.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Konzerthaus Harmonie.

110 Hüxstraße 110.

Heute und morgen:

Hum. Bockbier-Feier

(festlich dekorierte Räume).

Dazu
Assa-Ben Amins, Zigeuner-, Konzert-, Musik- und Gesangstruppe.
Alle musizieren, singen, dudeln, jodeln, daß einem das Herz im Leibe lacht.
Kappen u. Bockbierlieder gibts gratis.
Eintritt frei.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Gesangverein „Eintracht"

Grosser

Masken-Ball

am Sonntag, den 1. März 1908,
in sämtlichen Räumen des Vereinshauses Johannisstrasse 50-52.

Saalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Um 8 Uhr: Großer Maskenzug. ∴ ∴ Demaskierung 12 Uhr.

Tanz für Zuschauer von 6—8 Uhr und 12—4 Uhr.

Eintrittspreis für Mitglieder **40** Pfg., eine Dame frei.
Eintrittspreis für Fremde **80** Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben: **Beeke**, „Vereinshaus", **Wittfoot**, Hüxstraße 18, **Karl Dose**, Gloxinstraße 16, **Gust. Ehlers**, Augustenstraße 15, **L. Klein**, Hüxstraße 94, **Nielsch**, Engelsgrube 91, **C. Casten**, Dankwartsgrube 13, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. **Karten für Mitglieder** werden nur vom Boten **J. Hümöller**, Wahmstraße 85, bis zum 29. Februar und Sonnabend von 9—10 Uhr abends im „Vereinshaus", Johannisstraße, ausgegeben.

Eingang für Masken: Johannisstraße 52.

NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Anzüge sind im Lokal zu haben.

Das Komitee.

Quartett-Verein „Amicitia".

Maskenball

am Fastnachtsmontag, den 2. März 1908,
in sämtl. Räumen des Kolosseum.

Saalöffnung 6 Uhr.
Von 7 bis 8 Uhr Tanz u. Aufführung.
Maskenzug 8 Uhr.

Pierrots und Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
Maskengarderoben des Herrn **Vitense** im Lokal.

Karten im Vorverkauf für Zuschauer **75** Pfg., Kassenpreis **1** Mk., für Masken **1** Mk., Kassenpreis **1.20** Mk., sind zu haben bei **H. Mews**, Böttcherstr. 6, **J. Grevsmühl**, Steinstraße 12, **E. Kilian**, Ludwigstr. 33, **A. Rätze**, Fischergrube 61, I, **M. Orlowski**, Hüxstraße 59, I, **W. Hein**, Schwöneckenquerstr. 24. Der Vorstand.

Heute Sonnabend:

Eintritt frei. **Großes humorist. Bockbier-Fest.** Kappen gratis.

Bockwurst mit Sauerkraut vorhanden.

Hierzu ladet ergebenst ein
Beukefelds Restaurant, Fleischhauerstraße 34.

Eintritt frei. **Friedrichshof.** Eintritt frei.

Sonntag, den 23. Februar 1908:

GROSSER TANZ.

Musik: Hauskapelle, Dir. J. Schwarz. Anfang 5 Uhr.

Vorauzeige: Sonnabend, 29. Febr.: Gr. hum. Bockbierfest. Dienstag, 3. März: Gr. Familien-Kostümfest. Hierzu haben Abonnenten freien Eintritt. Karten für Nichtabonnenten werden nur in beschränkter Anzahl abgegeben.

Sonntag, 8. März: 2. Gr. Volksmaskerade. Otto Buck.

Tonhalle.

Die Jagd auf Menschen.
Die schwarze Hexe.
Die Jagd nach einem Mann.

Hansa-Theater.

Eigentümer und Direktor **Fritz Rittscher.**

Von Dienstag, den 25. bis inkl. Sonnabend, den 29. Februar:

Gastspiel des Tegernseer Bauerntheaters

Täglich 8 Uhr. (24 Personen.) Täglich 8 Uhr.

Dienstag, den 25. Februar:
Der Dorfpfarrer.
Volksstück mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von Maximilian Schmid.

Mittwoch, den 26. Februar:
Der Prozesshans'l.
Volksstück von Ludwig Ganghofer und Hans Neuert.

Donnerstag, den 27. Februar:
Der Lehrer von Seespitz.
Oberbayr. Volksstück mit Gesang u. Tanz in 4 Aufzügen von Christian Flüggen.

Freitag, den 28. Februar:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang u. Tanz in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.

Sonnabend, den 29. Februar:
Abschieds-Gastspiel des Tegernseer Bauerntheaters.
Almenrausch und Edelweiss.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen von H. Neuert.

Billet-Vorverkauf für alle Gastspiel-Vorstellungen ab Freitag, den 21. Februar in Sagers Zigarrengeschäft, Kohlmarkt. (Gewöhnliche Preise.)

Ab Sonntag, den 1. März: **Spezialitäten-Vorstellungen.**

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etage,
vom 23.—29. Februar:
Grado, Triest, Miramar
Adelsberger Grotte.

Vorläufige Anzeige!

Gesangverein Harmonia

Schwartau-Rensefeld.

50. Stiftungsfest

verbunden mit Bannerweihe und Festrede
am Sonntag, 17. Mai
im Lokale der Witwe G. Sternberg, Rensefeld
wozu freundlichst einladet das Komitee.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Hüxstraße.

Die mit großem Pomp erfolgte

Beisetzung

des ermordeten
Königs und Kronprinzen
von Portugal in Lissabon.

Ferner: **Farmanns Flugmaschine.**
Beste Flugmaschine der Welt, prämiiert mit dem großen Preis, 50 000 Franks.

Pierrotts Traum im Sektrausche.
Interessante Verwandlung.

Vorwärts mit Musik.
Farbenprächtige Metamorphose.

Der verhexte Kutscher.
Äußerst humoristisch.

Das elektrische Duell.
Hochkomisch.

Um der Liebe willen.
Dramatisches Bild aus dem Leben.

Weibi, Weibi, sei doch nicht so hart.
Ganz neues reizendes Tonbild.

Negergesang. Variete-Tonbild.

Täglich
Grosses Konzert
der Roosbacher Bauern-Kapelle.
u. das grosse Programm.

Hansa-Theater

Heute Sonntag:
Abschieds-Vorstellung.
Grete Gallus als Gast.

Acosta,

Salon- und Kraft-Jongleur.
Auffangen eines echten Kruppschen Kanonenrohres. (200 Pfd. schwer.)

Frosso?

„der Geheimnisvolle".

Querida und Tich, Exzentriques.
Liscanda Dressurakt mit Affen, Arraras — Kakadus.
Miss Victoria, Brandurturnerin.
5 Violettas, akrobat. Tänzerinnen.
James Basch, Humorist.
Hansa-Bioskope
Neueste Aufnahmen.
Vorverkauf nur bei Sager.

Nachmittags 4 Uhr:

Fremden-Vorst.

(Ermäßigte Preise.)
Vorverkauf nur an der Theaterkasse.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**

Sonntag, 23. Februar. 4½ Uhr.
104. Abonn.-Vorst. 22. Sonnt.-Ab.

Fremden-Vorstellung.
Gedenkfeier zum 25jähr. Todestage von **Richard Wagner** (13. Februar 1883).

Trauermarsch
aus der Eroica von Beethoven.
Hierauf:

Die Meistersinger von Nürnberg.
Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Montag, 24. Febr. 8 Uhr.
105. Abonn.-Vorst. 21. Mont.-Abonn.
Sensationeller, durchschlagender Lacherfolg!

Panne.
Lustspiel in 3 Akten von Skowronnek.

Dienstag: **Die lustige Witwe.**

Mittwoch: Einmaliges Gastspiel des „Erdgeist-Ensembles" vom Thalia-Theater in Hamburg.